ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gern, Klaus-Jürgen et al.

Working Paper

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 443/444

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen et al. (2007) : Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 443/444, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/26761

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

443/444

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007

Institut für Weltwirtschaft Kiel · Juni 2007

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Tel: +49/431/8814-1; Website: http://www.ifw-kiel.de

Schriftleitung:
Prof. Dr. Harmen Lehment
Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISSN 0455-0420
ISBN 3-89456-292-7

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2007.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

Weltwirtschaft expandiert nur wenig verlangsamt. 3
Klaus-Jürgen Gern, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Aufschwung in Deutschland bleibt kräftig. 17
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide

Diese Analyse wurde am 13. Juni 2007 abgeschlossen.

Weltwirtschaft expandiert nur wenig verlangsamt

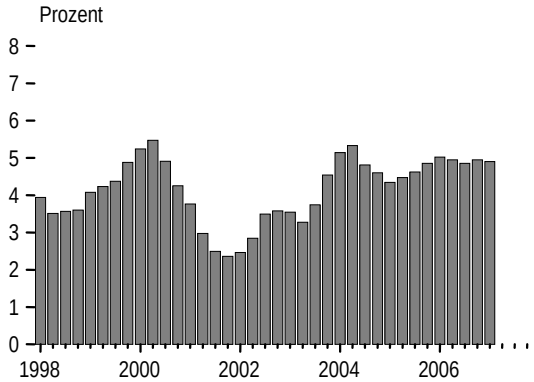
Klaus-Jürgen Gern, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die Weltkonjunktur war auch in den ersten Monaten des Jahres 2007 deutlich aufwärts gerichtet. Ein Ende des kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs ist nach wie vor nicht in Sicht. Wir haben unsere Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr im Vergleich zur März-Prognose sogar geringfügig – auf 4,8 bzw. 4,7 Prozent – erhöht. Sehr kräftig nimmt weiterhin die Produktion in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu. In den Industrieländern setzt sich die konjunkturelle Expansion im Prognosezeitraum in moderatem Tempo fort. Dabei bleibt das Konjunkturgefälle, das sich im vergangenen Jahr herausgebildet hat, erhalten, es verringert sich aber allmählich. Während der Aufschwung im Euroraum und auch in Japan anhalten dürfte, expandiert die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wohl vorerst weiter in geringerem Tempo als das Produktionspotential.

Die Weltkonjunktur war auch in den ersten Monaten des Jahres 2007 deutlich aufwärts gerichtet. Zwar nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern nicht mehr so rasch zu wie Ende des vergangenen Jahres. Da jedoch gleichzeitig die wirtschaftliche Aktivität in den Entwicklungs- und Schwellenländern wieder schneller ausgeweitet wurde, blieb der Anstieg der Weltproduktion nahezu unverändert kräftig (Abbildung 1). Im Frühjahr dürfte das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion nach den verfügbaren Indikatoren ebenfalls hoch gewesen sein; ein Ende des inzwischen vier Jahre währenden kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs ist nicht in Sicht. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Geldpolitik bislang auf ausgeprägte Bremsmanöver verzichten konnte. Denn der Preisauftrieb auf der Verbraucherebene ist nach wie vor mäßig, obwohl die kräftige Expansion der Weltproduktion zu einem starken Anstieg der Rohstoffpreise geführt hat. Hintergrund ist, dass die fortschreitende Integration Chinas und Indiens mit ihrem enormen Arbeitskräftepotential in die Weltwirtschaft dazu führt, dass arbeitsintensiv hergestellte Produkte nun an kostengünstigeren Standorten hergestellt werden und überdies der Lohnauftrieb in den Industrieländern – wie

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in der Welt 1998–2007[a,b]



[a]Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — [b]Geschätzt auf der Basis der großen Industrieländer (Vereinigte Staaten, Japan, Euroland, Vereinigtes Königreich, Kanada) sowie großer Schwellenländer (China, Indien, Russland, Brasilien, Mexiko und Südkorea).

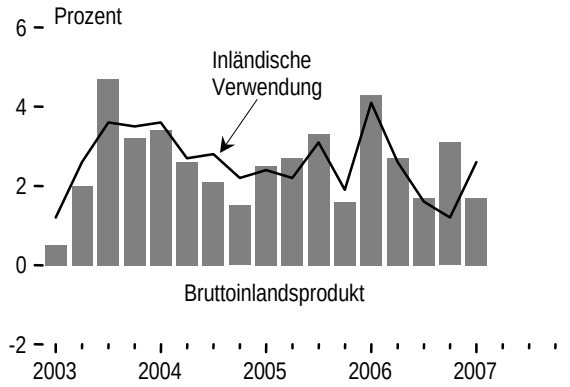
Quelle: OECD (2007a); eigene Berechnungen.

auch in den übrigen Schwellenländern – durch die zunehmende Standortkonkurrenz gedämpft wird.

Verringerte Dynamik in den Industrieländern

In den Industrieländern verlangsamte sich der Produktionsanstieg zu Beginn des Jahres 2007 spürbar. Das reale Bruttoinlandsprodukt in den G7-Ländern nahm im ersten Quartal nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 1,7 Prozent zu, nachdem es sich gegen Ende letzten Jahres noch mit einer Rate von rund 3 Prozent erhöht hatte (Abbildung 2).

Abbildung 2:
Konjunktur in den G7-Ländern 2003–2007[a,b]

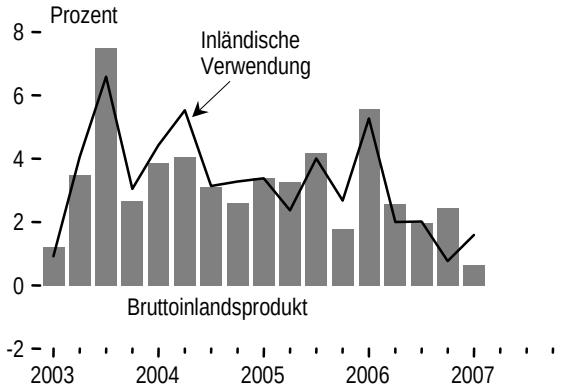


[a]Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. — [b]Vereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich.

Quelle: OECD (2007a); eigene Berechnungen.

Besonders gering fiel die Expansion in den *Vereinigten Staaten* aus (Abbildung 3); mit einer Rate von nur noch 0,7 Prozent expandierte die Wirtschaftsleistung erheblich langsamer als das Produktionspotential. Zwar stieg der private Verbrauch, gestützt durch einen kräftigen Zuwachs bei den real verfügbaren Einkommen, weiter deutlich. Auch legten die Unternehmensinvestitionen nach dem im vierten Quartal verzeichneten Rückgang wieder zu, wenngleich noch in mäßigem Tempo. Gleichzeitig gingen die Wohnungsbauinvestitionen aber nochmals drastisch zurück und die Korrektur bei den Lagerdispositionen setzte sich fort. Hinzu kam, dass die Exporte etwas nachgaben, während die Importe anzogen, so dass der Außenbeitrag spürbar sank. Die vorliegenden Daten für Produktion und Nachfrage im zweiten Quartal deuten allerdings darauf hin, dass die Konjunktur wieder Tritt gefasst hat. So scheint die Anpassung bei der Lagerhaltung weitgehend abgeschlossen zu sein, und es mehren sich die Hinweise darauf, dass die Investitionstätigkeit an Fahrt gewinnt. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich trotz der konjunkturellen Abkühlung bislang nicht spürbar verschlechtert. Zwar expandierte die Beschäftigung in den ersten Monaten dieses Jahres merklich langsamer als noch gegen Ende des vergangenen Jahres, die Arbeitslosenquote ist mit 4,5 Prozent im April jedoch nach wie vor niedrig.

Abbildung 3:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten 2003–2007[a]

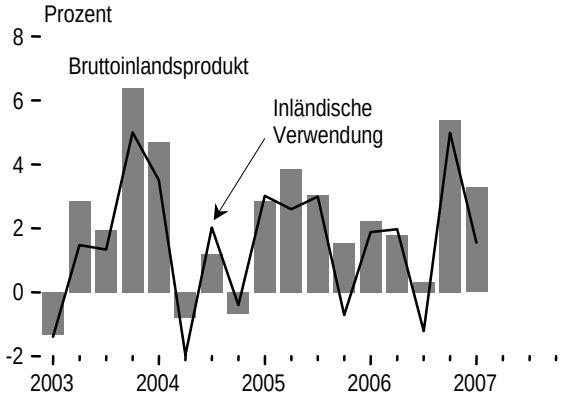


[a]Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: US Department of Commerce (2007).

Die Wirtschaft in *Japan* befindet sich weiterhin im Aufschwung. Mit einer laufenden Jahresrate von 3,3 Prozent nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal weiter schneller zu als im mittelfristigen Trend. Doch auch hier expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den ersten drei Monaten dieses Jahres langsamer als im Vorquartal (Abbildung 4),

Abbildung 4:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Japan 2003–2007[a]



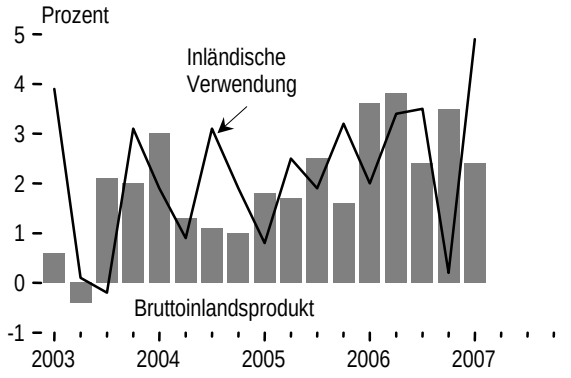
[a]Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Cabinet Office (2007).

vor allem weil die zuvor sehr stark gestiegenen Unternehmensinvestitionen nur noch wenig zulegten. Hingegen erhöhte sich der private Verbrauch angesichts kräftiger Beschäftigungszuwächse weiter deutlich. Auch die Nettoexporte nahmen spürbar zu.

Der Produktionsanstieg in der *Europäischen Union* hat ebenfalls nachgelassen, doch nahm die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung weiter zu. Dabei stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum erwartungsgemäß langsamer als im Vorquartal (Abbildung 5), als die Produktion durch Vorzieheffekte infolge der

Abbildung 5:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum 2003–2007[a]



[a]Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Eurostat (2007).

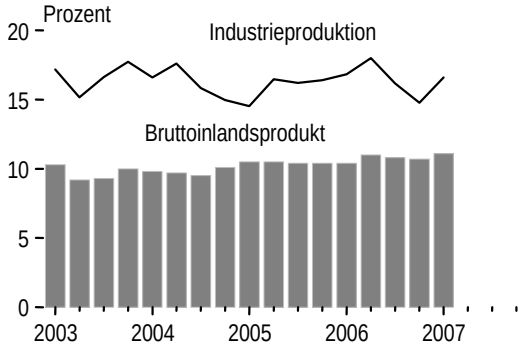
Mehrwertsteueranhebung in Deutschland und durch Sondereffekte in Italien angeschoben worden war. Mit einer laufenden Jahresrate von 2,4 Prozent wurde die Wachstumsrate des Produktionspotentials gleichwohl abermals übertroffen. Maßgeblich für die anhaltende Dynamik war vor allem der fortgesetzte Aufschwung bei den Investitionen, während der private Konsum leicht nachgab. Dies war jedoch ausschließlich der Entwicklung in Deutschland geschuldet; im Euroraum ohne Deutschland wurde der private Konsum mit einer laufenden Jahresrate von 2,5 Prozent in unverändertem Tempo ausgeweitet. Außerhalb des Euroraums blieb die Konjunktur kräftig. Im Vereinigten Königreich setzte sich die investitionsgetragene Expansion fort, und die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres sehr rasche Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Beitrittsländern zur EU[1] verlangsamte sich offenbar kaum. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Ende vergangenen Jahres in den meisten Ländern der EU weiter verbessert. Im Euroraum ging die Arbeitslosenquote stetig zurück und verzeichnete mit 7,1 Prozent im April den niedrigsten Stand seit Beginn der 1990er Jahre. Auch in den Beitrittsländern setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit zumeist ungebrochen fort. Im Vereinigten Königreich schließlich, wo die Arbeitslosenquote zwischen Mitte 2005 und Mitte 2006 – vor allem infolge einer Ausweitung des Arbeitsangebots – deutlich gestiegen war, stabilisierte sie sich bei 5,5 Prozent, einem Niveau, das in etwa dem der natürlichen Arbeitslosigkeit entsprechen dürfte.

Kräftige Impulse erhält die Konjunktur in den Industrieländern weiterhin von dem starken Produktionsanstieg in den *Entwicklungs- und Schwellenländern*. Hier legte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den ersten Monaten des laufenden Jahres wieder sehr kräftig zu. Insbesondere beschleunigte sich der Produktionsanstieg in China nach der Jahreswende wieder auf eine Rate von über 11 Prozent, nachdem wirtschaftspolitische Maßnahmen, die zur Dämpfung der überschäumenden Investitionskonjunktur ergriffen worden waren, in der zwei-

[1] Länder, die der EU seit 2004 beigetreten sind.

ten Jahreshälfte 2006 zu einem etwas moderateren Expansionstempo geführt zu haben schienen (Abbildung 6). Auch in anderen Ländern des asiatischen Wirtschaftsraumes – beispielsweise in Korea, in Singapur und auf den Philippinen – hat sich das konjunkturelle Fahrttempo in den vergangenen Monaten beschleunigt. Ausgesprochen dynamisch ist die Wirtschaft nach wie vor in Indien, wo sich im Zuge des laufenden Investitionsbooms die Wachstumsrate des Produktionspotentials offenbar erheblich erhöht hat.

Abbildung 6:
Reales Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion in China 2003–2007[a]

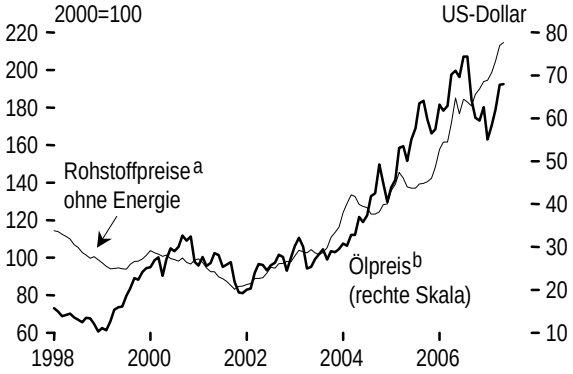


[a]Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: National Bureau of Statistics of China (2007).

Insbesondere die Länder des asiatischen Raumes profitieren von der Wachstumsdynamik Chinas, auch wenn sie nicht selten mit einem intensiven Strukturwandel einhergeht. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin durch steigende *Rohstoffpreise* gefördert. Der Preis für Rohöl notiert nach einem vorübergehenden Nachgeben zu Beginn dieses Jahres inzwischen fast wieder auf den im vergangenen Sommer erreichten Höchstständen. Die Preise für nichtenergetische Rohstoffe sind seit Herbst 2006 sogar drastisch weiter gestiegen (Abbildung 7). Neben den Metallen sind inzwischen auch andere Industrierohstoffe wie Holz und Zellstoff betroffen. Schließlich zogen auch die Nahrungsmittelpreise kräftig an. Insbesondere

Abbildung 7:
Ölpreis und Rohstoffpreise ohne Energie 1998–2007



[a]HWWI-Index. — [b]Spotpreis Sorte Brent, London.

Quelle: International Petroleum Exchange über Thomson Financial Datastream; HWWI (2007).

Getreide verteuerte sich stark, zum Teil aufgrund schlechter Ernten, teilweise aber wohl auch, weil es in zunehmendem Maße zur Energieerzeugung verwendet wird.[2] Für den Prognosezeitraum gehen wir von anhaltend hohen Rohstoffpreisen aus.[3] Die Terms of Trade der Entwicklungsländer haben sich darüber hinaus häufig dadurch verbessert, dass die starke Ausweitung der Industrieproduktion in China Druck auf die Preise insbesondere von standardisierten Gütern des verarbeitenden Gewerbes ausgeübt hat, eine Tendenz, die vorerst anhalten dürfte. So bleiben die Rahmenbedingungen für viele Entwicklungs- und Schwellenländer vonseiten des Außenhandels günstig. Auch von wirt-

[2] In vielen Industrieländern, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten, wird der Einsatz nachwachsender Rohstoffe zur Erzeugung von Kraftstoffen gefördert, entweder durch Subventionen oder durch die Vorschrift einer bestimmten Beimischung zu fossilen Treibstoffen. Neben Zuckerrohr werden inzwischen insbesondere Mais und Ölsaaten wie Raps oder Soja zur Herstellung dieser so genannten Bio-Kraftstoffe eingesetzt.

[3] Dabei sind die Risiken in beide Richtungen erheblich. So könnte sich die Marktlage bei fortgesetzt kräftig steigender Weltproduktion bei vielen Rohstoffen weiter anspannen und zu neuerlichen Preisschüben führen. Andererseits hat die inzwischen seit vier Jahren anhaltende Hausse an den Rohstoffmärkten erhebliche Kapazitätsausweitungen bei den Rohstofferzeugern angestoßen, die nun nach und nach das Angebot erhöhen und zu erheblichen Preiskorrekturen führen können.

schaftspolitischer Seite sind zumeist allenfalls leicht restriktive Wirkungen angelegt. Alles in allem wird die wirtschaftliche Expansion außerhalb der Industrieländer wohl vorerst weiter kräftig bleiben.

Risiken für die Konjunktur vonseiten der Immobilienmärkte

In einer Reihe von Ländern ist es in den vergangenen Jahren zu einem drastischen Anstieg der Immobilienpreise und einer starken Ausweitung der Aktivität im Wohnungsbau gekommen, die einen erheblichen Teil der konjunkturellen Dynamik ausgemacht hat. Im vergangenen Jahr verzeichneten nicht weniger als zwölf von 21 untersuchten OECD-Ländern langjährige Höchststände der Wohnungsbauinvestitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die meisten davon in Europa (OECD 2007b: 23). Nach und nach scheint es angesichts der strafferen Geldpolitik, eines stark ausgeweiteten Immobilienangebots und nachlassender Preisanstiege nun zu einer Abschwächung der Bautätigkeit zu kommen. Bereits weit fortgeschritten ist die Anpassung in den Vereinigten Staaten, wo die Investitionen in Wohnbauten im ersten Quartal 2007 um 16,3 Prozent geringer waren als ein Jahr zuvor, als sie den Höchststand in diesem Zyklus erreicht hatten; hier mehren sich inzwischen die Anzeichen, dass sich die Talfahrt allmählich verlangsamt. In den europäischen Ländern hat sich bisher im Allgemeinen lediglich die Preisentwicklung abgeflacht, in Irland ließ aber auch die Bautätigkeit zuletzt deutlich nach. Hier, ebenso wie in Spanien und Griechenland, wären die direkten Auswirkungen einer Rezession im Wohnungsbau auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität besonders gravierend, weil der Anteil dieses Sektors am Bruttoinlandsprodukt zwischen 10 und 15 Prozent liegt und damit ungewöhnlich hoch ist.[4] Ein Gegengewicht zu den Abwärtsrisiken, die für die Konjunktur im Euroraum vom Immobilienmarkt in diesen Ländern ausgehen, bildet allerdings die Entwicklung in Deutschland und in Österreich, wo im vergangenen Jahr die langjährige Schwäche im Wohnungsbau zu Ende ging und die Immobilienpreise nach Jahren des Rückgangs zuletzt wieder aufwärts gerichtet waren.

Zusätzlich zu dem direkten Einfluss der Bautätigkeit auf die Produktion ergeben sich bei einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen indirekte Wirkungen durch den Verlust von Einkommen und Beschäftigung, der die Nachfrage auch in anderen Sektoren schmälert. Darüber hinaus kann der private Konsum dadurch gedämpft werden, dass sich das Vermögen der Haushalte verringert (oder langsamer steigt als zuvor), worauf diese vermehrt sparen, um ihren angestrebten Vermögensbestand wiederherzustellen. Auch eine Zunahme notleidender Immobilienkredite kann die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Wohnungsbaurezession verstärken, wenn sie dazu führt, dass sich die Finanzierungsbedingungen – etwa aufgrund von Schieflagen im Bankensektor – allgemein verschlechtern.

In welchem Ausmaß es zu indirekten Verstärkungseffekten eines Abschwungs am Immobilienmarkt kommt, ist freilich unsicher. So ist es in den Vereinigten Staaten bislang nicht zu der befürchteten deutlichen Abschwächung beim privaten Verbrauch gekommen. Auch hat die Krise im so genannten Sub-Prime-Segment der Immobilienfinanzierungen in den Vereinigten Staaten,[5] wo der Anteil nicht bedienter Kredite seit einem Jahr stark gestiegen ist, den

[4] In den übrigen OECD-Ländern liegt die Quote der Wohnungsbauinvestitionen in der Regel zwischen 4 und 6 Prozent.

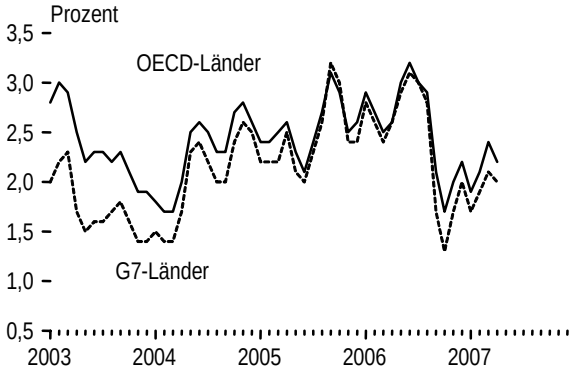
[5] Sub-Prime-Mortgages sind Immobilienkredite an Kreditnehmer geringerer Bonität (aufgrund geringer Einkommen, unsicherer Einkommensverhältnisse oder in der Vergangenheit bereits aufgetretener Zahlungsprobleme), die in der Regel mit höherem Zinssatz und zu größeren Teilen mit variabler Verzinsung, häufig aber auch mit besonderen Zahlungsmodalitäten wie z.B. tilgungsfreien Jahren am Beginn der Laufzeit ausgestattet sind. Ihr Anteil am gesamten Markt der Immobilienfinanzierung ist insbesondere in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen, in nennenswertem Ausmaß auch in anderen Ländern wie Kanada, dem Vereinigten Königreich und Australien (OECD 2007b: Kasten I.2).

Finanzsektor insgesamt bisher offenbar nicht ernsthaft belastet.

Straffere Geldpolitik in den Industrieländern

Der Verbraucherpreisauftrieb in den Industrieländern wird nach wie vor stark von der Entwicklung der Energiepreise geprägt. Nachdem er sich Ende des vergangenen Jahres deutlich verlangsamt hatte, zog die Inflation mit dem erneuten Anstieg der Ölpreise im Frühjahr dieses Jahres wieder an (Abbildung 8). In den meisten Ländern liegt die Inflationsrate zwar derzeit noch in dem Bereich, den die Notenbanken als mit Preisniveaustabilität vereinbar erachten. Besorgnis weckt aber in einigen Ländern die Entwicklung der Kernrate der Inflation, welche die zugrundeliegende Preistendenz vermutlich besser wiedergibt. Sie hat sich in den Vereinigten Staaten trotz der schwächeren Konjunktur bislang kaum verringert; im Euroraum ist sie aufwärts gerichtet und beträgt inzwischen nahezu 2 Prozent (Abbildung 9). Der seit Mitte vergangenen Jahres zu verzeichnende markante Anstieg der Kernrate im Vereinigten Königreich setzte sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres fort. In Japan sind die

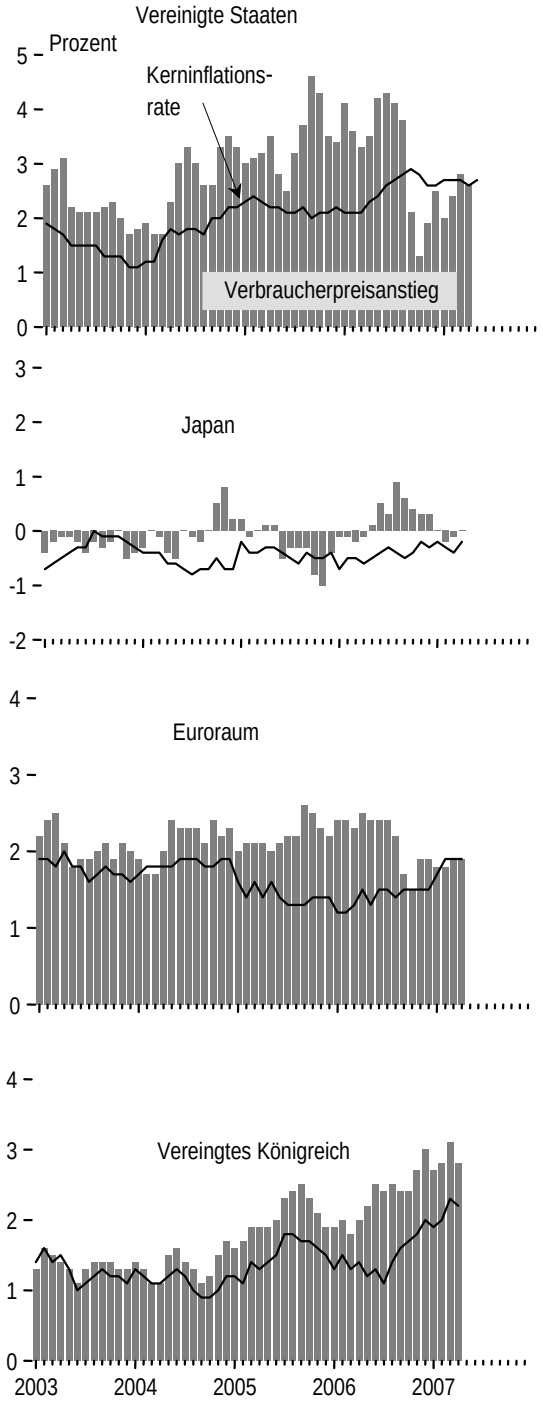
Abbildung 8:
Verbraucherpreisanstieg in den Industrieländern 2003–2007[a]



[a]Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: OECD (2007a); IMF (2007).

Abbildung 9:
Verbraucherpreisanstieg in den großen Industrieländern 2003–2007[a]



[a]Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: US Department of Labor (2007); Office for National Statistics (2007); Statistical Bureau (2007); Statistics Bureau (2007); Thomson Financial Datastream.

Verbraucherpreise dagegen offenbar in der Grundtendenz weiterhin abwärts gerichtet; die jüngsten Zahlen haben sogar die Sorge vor einer erneuten deflationären Periode aufkeimen lassen.

Die Notenbanken sind sehr darauf bedacht, die Inflationserwartungen auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. So hat die US-Notenbank bis zuletzt darauf verzichtet, die Leitzinsen angesichts der konjunkturellen Abschwächung zu senken. Angesichts der Tatsache, dass es wohl etwas länger als von uns bislang erwartet dauern wird, bis sich eine Verlangsamung bei der Kernrate der Inflation mit hinreichender Sicherheit abzeichnet, revidieren wir den Zeitpunkt einer ersten Zinssenkung in den Vereinigten Staaten. Erst gegen Ende dieses Jahres dürfte die Fed beginnen, den geldpolitischen Kurs allmählich zu lockern (Tabelle 1). Bei einem Zielsatz für die Federal Funds Rate von 4,5 Prozent dürfte die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten ab dem Sommer kommenden Jahres neutral ausgerichtet sein. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Straffungskurs im Frühjahr fortgesetzt und den Schlüsselzins weiter erhöht. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Aufschwungs im Euroraum, mit dem sich die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen nach und nach vergrößern, sowie einer immer noch kräftigen Liquiditätsausweitung dürfte die EZB ihre Zinsen in den kommenden Monaten in zwei Schritten auf dann 4,5 Prozent anheben; die Geldpolitik dürfte dann leicht restriktiv wirken. Die Bank von England ist bereits auf einem solchen Kurs, nachdem sie die Zinsen im vergangenen halben Jahr um 75 Basispunkte erhöht hat; nach einem weiteren Schritt im Verlauf dieses Sommers, auf dann 5,75 Prozent, dürfte sie die Notenbankzinsen für den weiteren Prognosezeitraum konstant halten. Die Bank von Japan wird ihr Ziel für den Tagesgeldzins angesichts der gegenwärtig abermals rückläufigen Verbraucherpreise wohl vorerst bei 0,5 Prozent belassen. Für Ende dieses Jahres und das nächste Jahr erwarten wir dann weitere vorsichtige Schritte in Richtung eines neutralen Zinsniveaus. Alles in allem setzt sich die Straffung der Geldpolitik in den Industrieländern in den kommenden Monaten fort; zu einer deutlich restriktiven Ausrichtung dürfte es jedoch nicht kommen.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2006, 2007 und 2008

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I	II[a]	III[a]	IV[a]	I[a]	II[a]	III[a]	IV[a]
Kurzfristige Zinsen												
Vereinigte Staaten (Fed Funds Rate)	4,5	4,9	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	4,8	4,6	4,5	4,5
Japan (Tagesgeldzins)	0,0	0,0	0,3	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,9	1,0	1,0
Euroraum (3-Monatszins)	2,6	2,9	3,3	3,6	3,8	4,1	4,4	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,20	1,26	1,27	1,29	1,30	1,34	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35
Yen/US-Dollar	116,9	114,4	116,2	117,7	118,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	61,9	69,8	70,1	59,7	58,1	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0
HWWI-Index für Industrierohstoffe	171,1	196,0	203,6	208,1	216,7	238,1	232,0	229,1	229,1	230,2	231,3	232,5

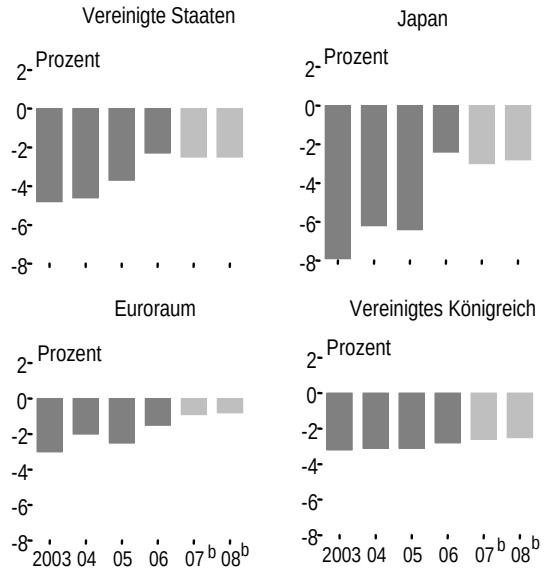
[a]Prognose.

Quelle: HWWI (2007); IMF (2007); Fed (2007); EZB (2007); eigene Prognosen.

Finanzpolitik: Konsolidierungsanstrengungen lassen nach

Die Situation der Staatshaushalte in den Industrieländern hat sich im vergangenen Jahr zum Teil sehr deutlich verbessert (Abbildung 10). So sank das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten von 3,7 auf 2,3 Prozent und im Euroraum von 2,4 auf 1,6 Prozent. In Japan fiel es sogar von 6,4 auf 2,4 Prozent, wenngleich knapp 2 Prozentpunkte auf die Einbuchung eines Reservefonds des außerhalb des Haushalts stehenden Fiscal Investment and Loan Program in den regulären Haushalt der Zentralregierung zurückzuführen sind. Der Rückgang der Defizite war ansonsten ganz überwiegend auf eine Zunahme der Einnahmen zurückzuführen, die deutlich höher ausfiel, als es diskretionäre Maßnahmen oder die konjunkturelle Entwicklung üblicherweise erwarten lassen. Besonders stark stiegen angesichts der fortgesetzten kräftigen Zunahme der Gewinne die Unternehmensteuern, auch der Anstieg von Aktienkursen und Immobilienpreisen hat in einer Reihe von Ländern das Steueraufkommen erhöht. Schließlich führten die hohen Rohstoffpreise in Ländern, die diese Güter in erheblichem Umfang produzieren – dies sind beispielsweise Norwegen, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Niederlande, aber auch die Vereinigten Staaten – zu zusätzlichen Staatseinnahmen.

Abbildung 10:
Bugdetsaldo in großen Industrieländern 2003–2008[a]



[a]In Relation zum Bruttoinlandsprodukt. — [b]Prognose.

Quelle: OECD (2007b); Eurostat (2007).

Die ungewöhnlich hohe Elastizität der Steuereinnahmen bezüglich der wirtschaftlichen Aktivität lässt Zweifel zu, inwieweit die konjunkturbereinigten Haushaltssalden tatsächlich strukturelle – im Sinne von nachhaltigen – Entwicklungen darstellen.[6] So besteht die Gefahr, dass sich die Situation der Staatshaushalte im Falle eines Rückgangs der Immobilienpreise oder – in den rohstoffproduzierenden Ländern – der Rohstoffpreise wieder merklich verschlechtert. Gleichzeitig reduziert die derzeitige überraschend günstige fiskalische Lage den Druck auf die Regierungen, die notwendige Haushaltskonsolidierung fortzuführen. So ist für den Prognosezeitraum allenfalls noch eine geringe Abnahme des strukturellen Defizits in den Staatshaushalten der großen Industrieländer zu erwarten. Im laufenden Jahr wirkt die Finanzpolitik im Euroraum dank recht ausgeprägter Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Italien nochmals merklich dämpfend. Auch in Japan wirken sich Maßnahmen aus, die noch unter dem Eindruck hoher Defizite beschlossen worden waren, wie die Abschaffung von Einkommensteuerrabatten und eine Erhöhung von Beiträgen zur staatlichen Rentenversicherung. Für das kommende Jahr sind für den Euroraum und für Japan keine nennenswerten weiteren Konsolidierungsforschritte zu

[6] Die Bereinigung der tatsächlichen Defizite um zyklische Einflüsse erfolgt zumeist auf der Basis von Elastizitäten der Staatseinnahmen und -ausgaben bezüglich der konjunkturellen Entwicklung, die aus historischen Erfahrungen abgeleitet sind. Alle Entwicklungen bei den Einnahmen und Ausgaben, die über diese „typischen" konjunkturellen Effekte hinausgehen, werden in diesem Ansatz der Veränderung des strukturellen Saldos zugerechnet. Dies beinhaltet somit Be- bzw. Entlastungen des Staathaushalts, die – ganz oder teilweise – nur vorübergehender Natur sind, etwa infolge von Einmalmaßnahmen der Regierung oder wie gegenwärtig als Resultat von Entwicklungen bei Immobilienpreisen und Unternehmensgewinnen, deren Nachhaltigkeit zweifelhaft ist.

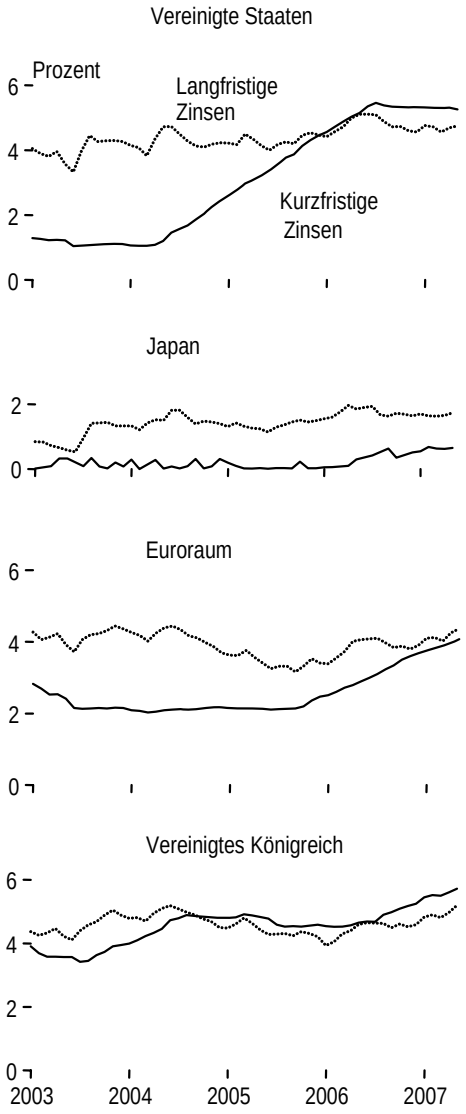
erwarten. In den Vereinigten Staaten ist die Finanzpolitik bereits im laufenden Jahr leicht expansiv ausgerichtet. Insgesamt sind die konjunkturellen Impulse vonseiten der Finanzpolitik sowohl 2007 als auch 2008 gering.

Ausblick: Moderate konjunkturelle Expansion in den Industrieländern

Während von der Wirtschaftspolitik insgesamt keine nennenswerten Impulse für die Konjunktur in den Industrieländern ausgehen, sind andere wichtige Rahmenbedingungen nach wie vor günstig. Zwar sind die langfristigen Zinsen in jüngster Zeit gestiegen; ihr Niveau ist aber immer noch niedrig (Abbildung 11), und auch die Risikoaufschläge auf Wertpapiere minderer Bonität sind im historischen Vergleich weiterhin gering. Hinzu kommt, dass die Aktienkurse in den vergangenen Wochen in einer Reihe von Ländern langjährige Höchststände, vielfach sogar historische Rekorde verzeichneten. Da zudem der Anstieg der kurzfristigen Zinsen im Vergleich zu früheren Zinszyklen moderat ausfiel, lassen sich Unternehmensinvestitionen immer noch zu günstigen Bedingungen finanzieren. Anregungen für die Konjunktur in den Industrieländern ergeben sich darüber hinaus weiterhin aus dem hohen Produktions- und Einkommensanstieg in den Entwicklungs- und Schwellenländern, der zu einer starken Nachfrage nach Investitionsgütern und hochwertigen Konsumartikeln führt.

In den *Vereinigten Staaten* dürfte sich der Rückgang im Wohnungsbau im weiteren Verlauf dieses Jahres verlangsamen; im kommenden Jahr dürfte die Bauproduktion kaum noch sinken. So laufen die dämpfenden Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität von dieser Seite allmählich aus. Gleichzeitig dürfte sich die Zunahme der Unternehmensinvestitionen mit dem Abklingen einiger Sondereffekte[7] beschleunigen, und die Exporte sollten angesichts wechselkursbedingt verbesserter preislicher Wettbewerbsfähigkeit kräftig steigen. So dürfte sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in der Grundtendenz im Prognosezeitraum

Abbildung 11:
Kurz- und langfristige Zinsen in den großen Industrieländern 2003–2007



Quelle: OECD (2007a).

[7] So wurden die Unternehmensinvestitionen im vergangenen Jahr gedämpft, weil Sonderabschreibungsregelung entfallen waren. Die Investitionstätigkeit wurde darüber hinaus dadurch belastet, dass die Welle von Investitionen zum Wiederaufbau der durch die Wirbelstürme des Jahres 2005 beschädigten Einrichtungen abebbte. Ab 2007 gültige verschärfte Emissionsstandards für schwere LKW führten schließlich dazu, dass Anschaffungen nach 2006 vorgezogen wurden; als Reaktion brach der Absatz zu Beginn dieses Jahres ein.

verstärken, auch wenn der private Konsum wohl nicht mehr so rasch ausgeweitet werden wird wie zuletzt. Im kommenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 2,8 Prozent wieder annähernd so stark expandieren wie das Produktionspotential, nach einem Zuwachs von lediglich 2,1 Prozent in diesem Jahr. Die Arbeitslosigkeit erhöht sich in diesem und im kommenden Jahr nur geringfügig (Tabelle 2). Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt unter der Annahme konstanter Ölpreise und Wechselkurse in etwa auf dem zuletzt erreichten Niveau; ein deutlicher Rückgang des Preisauftriebs ist angesichts eines weiterhin hohen Niveaus der Kapazitätsauslastung und eines wechselkursbedingten verstärkten Anstiegs der Importpreise nicht zu erwarten.

In *Japan* dürfte sich die kräftige konjunkturelle Expansion fortsetzen. Die Unternehmensinvestitionen, die bislang Haupttriebkraft des Aufschwungs waren, haben zwar zuletzt deutlich an Schwung verloren. Angesichts einer hohen Auslastung der Kapazitäten und anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen sowie hoher Gewinne dürften sie aber in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen. Gleichzeitig werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte weiter zügig ausgeweitet werden, nicht zuletzt weil der Beschäftigungsaufschwung nach und nach zu einem spürbaren Anstieg der Löhne führen dürfte und die Realeinkommen so zunehmend auch von dieser Seite gestützt werden. Diese Entwicklung dürfte dazu beitragen, dass die Verbraucherpreise wieder anziehen, wenn auch nur geringfügig.

Im *Euroraum* bleibt die Konjunktur im weiteren Verlauf dieses Jahres und im Jahr 2008 aufwärts gerichtet. Nach einem voraussichtlich noch einmal recht kräftigen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Sommerhalbjahr 2007 verliert die Expansion allerdings voraussichtlich an Schwung. Zum einen lassen die Impulse von der Geldpolitik nach; nicht zuletzt zeichnet sich in einer Reihe von Ländern ein Ende des Booms an den Immobilienmärkten ab. Zum anderen werden die Exporte infolge der Aufwertung des Euro und einer etwas geringeren weltwirtschaftlichen Dynamik verlangsamt zunehmen. Insgesamt legt das Bruttoinlandsprodukt 2007 um 2,9 Prozent und 2008 um 2,5 Prozent zu. Dabei steigt – anders als in den Jahren 1995 bis 2005 – die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr merklich stärker als im übrigen Euroraum (Tabelle 3). Die Arbeitslosigkeit geht zumeist weiter spürbar zurück; insgesamt wird sie im kommen-

Tabelle 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern 2006, 2007 und 2008

	Gewicht[a]	Bruttoinlandsprodukt[b]			Verbraucherpreise[b,c]			Arbeitslosenquote[d]		
		2006	2007[e]	2008[e]	2006	2007[e]	2008[e]	2006	2007[e]	2008[e]
Europäische Union	42,5	3,0	3,0	2,6	2,2	2,0	2,1	7,8	7,1	6,6
Schweiz	1,1	2,7	2,3	2,0	1,0	0,4	0,9	3,8	3,4	3,1
Norwegen	1,0	2,9	3,0	2,7	2,3	2,1	2,5	3,4	2,8	2,6
Vereinigte Staaten	38,8	3,3	2,1	2,8	3,2	2,6	2,5	4,6	4,7	4,9
Japan	12,9	2,2	2,4	2,2	0,3	0,1	0,5	4,2	3,8	3,6
Kanada	3,7	2,7	2,6	3,0	2,0	2,0	2,1	6,3	6,2	6,1
Länder insgesamt	100,0	3,0	2,6	2,6	2,3	2,0	2,1	6,1	5,7	5,5

[a]Auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2006 (Prozent). — [b]Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — [c]Europa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — [d]Standardisierte Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO–Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2005. — [e]Prognose.

Quelle: Eurostat (2007); OECD (2007a); Statistics Canada (2007a, 2007b); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2006, 2007 und 2008

	Gewicht[a]	Bruttoinlandsprodukt[b]			Verbraucherpreise[b,c]			Arbeitslosenquote[d]		
		2006	2007[e]	2008[e]	2006	2007[e]	2008[e]	2006	2007[e]	2008[e]
Deutschland	20,6	2,8	3,2	2,7	1,7	1,9	1,9	8,1	6,7	5,4
Frankreich	15,6	2,1	2,3	2,1	1,9	1,5	1,8	9,1	8,5	8,3
Italien	13,0	1,9	2,2	1,8	2,2	1,6	1,9	7,1	6,7	6,5
Spanien	8,3	3,9	3,9	3,0	3,6	2,6	3,0	8,3	7,7	7,4
Niederlande	4,6	2,9	3,0	2,5	1,7	1,7	2,1	4,0	3,5	3,3
Belgien	2,7	3,0	2,7	2,4	2,0	1,3	2,0	8,3	8,4	8,2
Österreich	2,3	3,4	3,0	2,5	1,7	1,6	1,8	5,0	4,5	4,3
Griechenland	1,7	4,2	3,5	3,5	3,4	2,6	2,9	9,3	8,9	8,7
Irland	1,5	6,0	5,5	4,5	2,7	4,4	4,0	4,3	4,4	4,6
Finnland	1,4	5,5	3,3	3,0	1,3	1,6	2,0	7,7	7,1	6,7
Portugal	1,4	1,2	1,8	2,0	2,8	2,4	2,1	7,6	7,5	7,3
Slowenien	0,3	6,2	4,5	4,0	3,0	2,0	2,5	4,7	4,4	4,2
Luxemburg	0,3	5,1	4,5	4,5	2,5	2,4	2,7	6,4	6,2	6,0
Vereinigtes Königreich	16,2	2,7	2,6	2,3	2,3	2,3	2,0	5,4	5,5	5,5
Schweden	2,6	4,7	4,0	3,3	1,5	1,8	2,0	7,3	7,0	6,7
Dänemark	1,9	3,2	2,8	2,5	1,8	2,2	2,5	3,9	3,7	3,6
Polen	2,1	6,1	5,5	4,8	1,3	2,0	2,5	14,0	11,5	10,2
Tschechien	0,9	6,1	6,5	5,5	2,1	2,3	2,5	7,5	6,7	6,2
Ungarn	0,8	3,8	2,5	3,3	4,5	6,5	4,0	7,3	7,8	7,7
Rumänien	0,7	7,0	6,0	5,5	6,8	5,0	5,0	7,6	7,5	7,5
Slowakei	0,3	8,3	8,0	6,0	4,8	2,6	3,5	14,2	11,5	10,0
Litauen	0,2	7,5	7,0	6,0	3,7	4,5	4,0	6,0	5,4	5,2
Bulgarien	0,2	6,0	6,0	6,0	7,0	3,5	4,0	8,8	7,8	7,2
Zypern	0,1	3,8	4,0	3,5	2,2	2,3	2,5	7,5	7,2	7,0
Lettland	0,1	10,8	10,0	7,5	6,6	6,7	6,0	7,4	6,7	6,3
Estland	0,1	11,0	9,5	8,0	4,4	4,7	4,5	5,5	4,0	3,5
Malta	0,0	2,5	2,0	2,0	2,6	2,5	2,5	7,0	7,0	7,0
Europäische Union	100,0	3,0	3,0	2,6	2,2	2,0	2,1	7,8	7,1	6,7
Nachrichtlich:										
Europäische Union 15	94,3	2,8	2,9	2,4	2,1	1,9	2,1	7,2	6,6	6,2
Beitrittsländer[f]	5,9	6,1	5,5	5,0	3,2	3,3	3,3	10,1	8,9	8,2
Euroraum	73,6	2,8	2,9	2,5	2,1	1,9	2,1	7,7	7,0	6,5
Euroraum ohne Deutschland	52,9	2,8	2,8	2,4	2,3	1,8	2,2	7,6	7,1	6,9

[a]Auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2006 (Prozent). — [b]Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — [c]Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — [d]Standardisierte Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2005. — [e]Prognose. — [f]Beitrittsländer zur EU seit 2004.

Quelle: Eurostat (2007); OECD (2007a); eigene Berechnungen und Prognosen.

den Jahr auf 6,3 Prozent, das niedrigste Niveau seit 1981 sinken. In einer Reihe von Ländern ist der Arbeitsmarkt bereits recht angespannt, insbesondere höher qualifizierte Arbeitnehmer sind häufig nur noch schwer zu finden. In diesem Umfeld dürfte sich der bislang noch moderate Lohnanstieg merklich verstärken. Bei inzwischen recht hoher und weiter leicht steigender Kapazitätsauslastung nehmen gleichzeitig die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen zu. So erwarten wir, dass die Marke von 2 Prozent bei der Inflation im kommenden Jahr wieder überschritten wird, wenn auch nur leicht.

In den *übrigen Ländern der EU* verliert die Konjunktur ebenfalls etwas an Fahrt. Der Produktionsanstieg bleibt jedoch insbesondere in den neuen Mitgliedsländern hoch. Im Vereinigten Königreich führt die straffere Geldpolitik allmählich zu einer Abschwächung der Investitionsdynamik und dämpft – nicht zuletzt durch ihren mäßigenden Einfluss auf die Immobilienpreise – auch den privaten Verbrauch; die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts wird allerdings im Prognosezeitraum voraussichtlich nicht erheblich unter die Wachstumsrate des Produktionspotentials rutschen.

Alles in allem setzt sich die konjunkturelle Expansion in den Industrieländern in moderatem Tempo fort. Dabei bleibt das Konjunkturgefälle, das sich im vergangenen Jahr herausgebildet hat, erhalten, es verringert sich aber allmählich. Während sich der Aufschwung im Euroraum und auch in Japan fortsetzen dürfte, expandiert die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten voraussichtlich weiter in geringerem Tempo als das Produktionspotential. Die Weltproduktion insgesamt steigt voraussichtlich auch in diesem und im kommenden Jahr mit Raten von annähernd 5 Prozent nur wenig verlangsamt (Tabelle 4). Dies geht einher mit einer recht kräftigen Expansion des Welthandels.

Für die Prognose eines anhaltenden weltwirtschaftlichen Aufschwungs gibt es – neben den Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung an den Immobilienmärkten und der von einer Korrektur ausgehenden Wirkungen – weitere Risiken. Insbesondere ist unsicher, wie stark sich das Wachstum des Produktionspotentials der Weltwirtschaft verstärkt hat (Gern et al. 2007), so dass unklar ist, wie lange die Weltproduktion mit dem bereits seit vier Jahren zu verzeichnenden hohen Tempo expandieren

Tabelle 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt 2005–2008

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[a]			
		2005	2006	2007[b]	2008[b]	2005	2006	2007[b]	2008[b]
Weltwirtschaft	100	4,7	5,2	4,8	4,7	3,8	3,6	3,3	3,2
darunter:									
Industrieländer	28,9	2,5	3,0	2,6	2,6	2,3	2,3	2,0	2,1
Ostasien[c]	6,9	4,7	5,2	4,8	4,7	5,0	5,9	3,1	3,1
China	15,1	9,9	10,7	10,5	10,0	1,8	1,9	2,5	2,2
Indien	6,3	8,3	8,9	8,4	7,8	4,2	5,7	5,5	5,2
Lateinamerika	8,4	4,4	5,2	4,8	4,5	6,1	5,6	4,8	4,4
Russland	2,6	6,4	6,8	7,0	6,0	12,5	10,5	8,5	8,5
Nachrichtlich:									
Welthandelsvolumen	.	7,6	9,2	7,5	7,5	.	.	.	.

[a]Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 nach Kaufkraftparität, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — [b]Prognose. — [c]Ohne China und Japan.

Quelle: IMF (2007); OECD (2007a); eigene Berechnungen und Prognosen.

kann, ohne einen Wandel des bislang günstigen Klimas bei der weltweiten Inflation bewirken. Ein Anziehen der Inflationserwartungen würde die Notenbanken zu einer restriktiven Politik veranlassen, zu einem spürbaren Anstieg der langfristigen Zinsen führen und die Investitionsbedingungen erheblich verschlechtern. Auch besteht nach wie vor das Risiko, dass die internationalen Investoren nicht mehr bereit sind, das hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten zu finanzieren, was zu einer starken Abwertung des US-Dollar sowie einem beträchtlichen Anstieg der Kapitalmarktzinsen in den Vereinigte Staaten führen und die Absorption in der amerikanischen Wirtschaft erheblich dämpfen würde.[8]

Literatur

Cabinet Office (2007). Quarterly Estimates of GDP. Via Internet (1. Juni 2007) <http://www.esri.cao.go.jp/en/sna/menu.html>.

Dovern, J., C.-P. Meier und J. Scheide (2007). Muss das hohe US-Leistungsbilanzdefizit zu einer massiven Aufwertung der europäischen Währungen führen? Eine andere Sicht. *Aussenwirtschaft. Schweizerische Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen* (2). In Vorbereitung.

Eurostat (2007). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*. Luxemburg.

EZB (Europäische Zentralbank) (2007). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.

Federal Reserve Bank of St. Louis (2007). Federal Reserve Economic Database. Via Internet (1. Juni 2007) <http://www.research.stlouisfed.org/fred/>.

Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide. (2007). Robuste weltwirtschaftliche Expansion. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.

HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut eGmbH) (2007). HWWI-Rohstoffpreisindex. Via Internet (1. Juni 2007) <http://www.hwwi.de/Rohstoffpreisindex.1042.0.html>.

IMF (International Monetary Fund) (2007). *International Financial Statistics*. Mai. Washington, D.C.

National Bureau of Statistics of China (2007). Via Internet (4. Juni 2007) <http://www.stats.gov.cn/english/>.

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2007a). *Main Economic Indicators*. Mai. Paris.

OECD (2007b). (Organization for Economic Cooperation and Development). *Economic Outlook*. Mai. Paris.

Office for National Statistics (2007). Economy. Via Internet (1. Juni 2007) <http://www.statistics.gov.uk/default.asp>.

[8] Eine abrupte Änderung des Anlegerverhaltens ist aber keineswegs zwangsläufig. Nicht zuletzt die Tatsache, dass das Leistungsbilanzdefizit in den vergangenen Jahren offenbar problemlos finanziert werden konnte, spricht dafür, dass man auf Anpassungsmechanismen in der Weltwirtschaft setzen kann, die auf eine allmähliche Korrektur des „Ungleichgewichts“ hinwirken (Dovern et al. 2007). Ein aus unserer Sicht wahrscheinlicheres Szenario ist, dass sich die Ersparnis außerhalb der Vereinigten Staaten – insbesondere in China und in den ölexportierenden Ländern – allmählich zurückbildet.

Statistics Bureau (2007). Via Internet (4. Juni 2007) <http://www.stat.go.jp/english/data/cpi/index.htm>.

Statistics Canada (2007a). *Canadian Economic Observer*. Via Internet (17. Mai 2007) http://www.statcan.ca/english/freepub/11-010-XIB/11-010-XIB2007002.pdf>.

Statistics Canada (2007b). *Canadian Economic Accounts*. Via Internet (31. Mai 2007) http://www.statcan.ca/Daily/English/070302/d070302a.htm>.

US Department of Commerce (2007). Bureau of Economic Analysis: National Economic Accounts. Via Internet (1. Juni 2007) <http://www.bea.gov/national/index.htm#gdp.htm>.

US Department of Labor (2007a). Bureau of Labor Statistics. Consumer Price Indexes. Via Internet (1. Juni 2007) <http://www.bls.gov/cpi/home.htm>.

Aufschwung in Deutschland bleibt kräftig

Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide

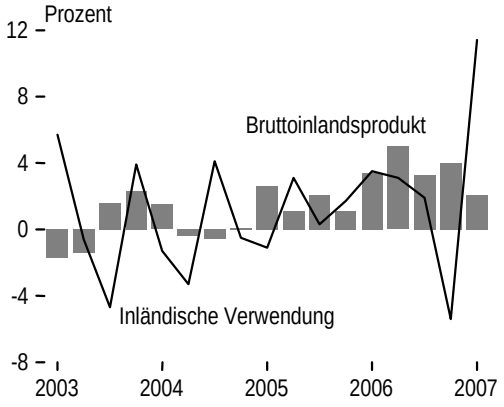
Zusammenfassung:

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland bleibt kräftig. Vor allem wegen der sehr günstigen Frühindikatoren heben wir unsere Prognose abermals an; wir rechnen nun für das laufende Jahr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,2 Prozent, statt um 2,8 Prozent. Für das Jahr 2007 erwarten wir nun eine Zunahme um 2,7 Prozent (vorher: 2,4 Prozent). Eine wichtige Rolle spielt dabei, dass die mittlerweile vorliegenden und bis weit in das kommende Jahr hineinreichenden Lohnabschlüsse alles in allem moderater ausgefallen sind als erwartet.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland setzt sich fort. Nahezu alle Indikatoren zeichnen ein sehr positives Bild der aktuellen Konjunkturlage. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat auch im ersten Quartal zugelegt, obwohl erhebliche negative Einflüsse als Folge der Mehrwertsteuererhöhung wirksam waren. Zwar war die Zuwachsrate mit 2,1 Prozent (laufende Jahresrate) deutlich niedriger als in den vorangegangenen Quartalen (Abbildung 1), doch ist dies vor allem als Reaktion auf Vorzieheffekte zu interpretieren. Die Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft ist zu Beginn des Jahres um knapp 2 Prozentpunkte höher gewesen als ein Jahr zuvor, wenn man unterstellt, dass das Produktionspotential um rund 1 ¾ Prozent wächst (Boss et al. 2007). Die Produktionslücke dürfte mittlerweile geschlossen sein.

Die einzelnen Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts schwankten um die Jahreswende teilweise erheblich, so dass die zugrunde liegende Dynamik der Konjunktur nicht klar zu erkennen ist. So war die Inlandsnachfrage im Schlussquartal 2006 stark rückläufig, vor allem weil die Lagerinvestitionen deutlich zurückgefahren wurden. Im ersten Quartal 2007 kehrte sich dies um. Auch der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war durch Sondereinflüsse geprägt; so werden für das vierte Quartal

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2003–2007[a]



[a]Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

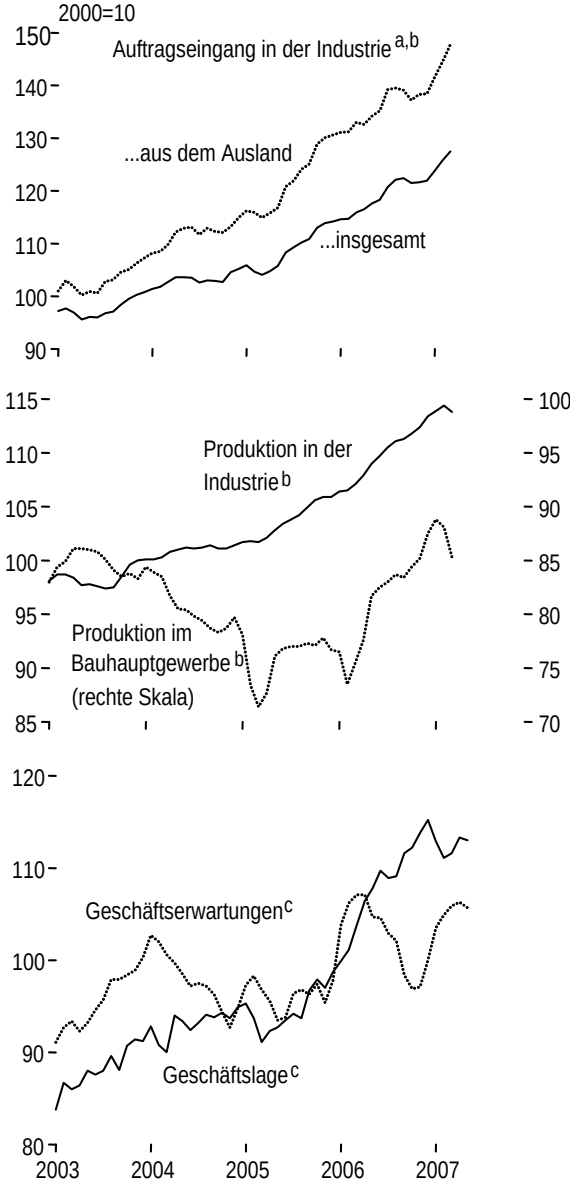
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

des Vorjahres außerordentlich hohe Exporte ausgewiesen, und diese sanken als Reaktion darauf zu Beginn dieses Jahres. Vergleicht man die Werte im ersten Quartal 2007 mit denen im dritten Quartal 2006, zog das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,0 Prozent an (laufende Jahresrate), wobei der weitaus größte Impuls nach wie vor von der inländischen Verwendung kam, die sich im gleichen Zeitraum um 2,7 Prozent erhöhte. Motor des Aufschwungs blieben dabei die Ausrüstungsinvestitionen, die mit zweistelligen Raten zulegten. Die Bauinvestitionen waren ebenfalls deutlich aufwärts gerichtet, doch wurden sie durch die Witterung besonders begünstigt. Hingegen hielten sich die privaten Haushalte mit Ausgaben zurück. Nach der Jahreswende brach der Konsum sogar ein, was allerdings als Folge der Vorzieheffekte und der dämpfenden Wirkungen der höheren Mehrwertsteuer erwartet worden war. Ebenfalls entspricht es unserer Prognose, dass die Inflationsrate im Zusammenhang mit der Anhebung der Mehrwertsteuer angezogen hat. Zwar wurde der Preisauftrieb durch die zeitweilig rückläufigen Energiepreise gebremst. Die übrigen Preise steigen allerdings seit geraumer Zeit beschleunigt. Vor allem Dienstleistungen wurden erheblich teurer. Die Verbraucherpreise waren zuletzt um knapp 2 Prozent höher als vor einem Jahr.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zum Frühjahr weiter verbessert, wenn auch die Dynamik gegenüber der stürmischen Entwicklung zuvor etwas nachgelassen hat. Dabei spielte die Witterung eine bedeutende Rolle; sie hatte den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den ersten Monaten dieses Jahres erheblich begünstigt. Seit März dieses Jahres verharrt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) bei 9,2 Prozent; sie liegt damit um nahezu 2 Prozentpunkte unter dem Niveau im Vorjahr. Auch bei der Zahl der Erwerbstätigen machte sich der Witterungseinfluss bemerkbar. Die zugrunde liegende Dynamik ist allerdings nach wie vor hoch; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt seit rund einem Jahr mit einer Rate von reichlich 2 Prozent (laufende Jahresrate).

Im zweiten Quartal dürfte der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts deutlich höher ausgefallen sein als im Vorquartal. Dafür spricht eine Reihe von Frühindikatoren (Abbildung 2). Vor allem verharren die Auftragsbestände auf Rekordniveau, und die Stimmungsindikatoren deuten auf eine anhaltend günstige konjunktu-

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2003–2007



[a]Real. — [b]Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — [c]Gewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Kasten 1:

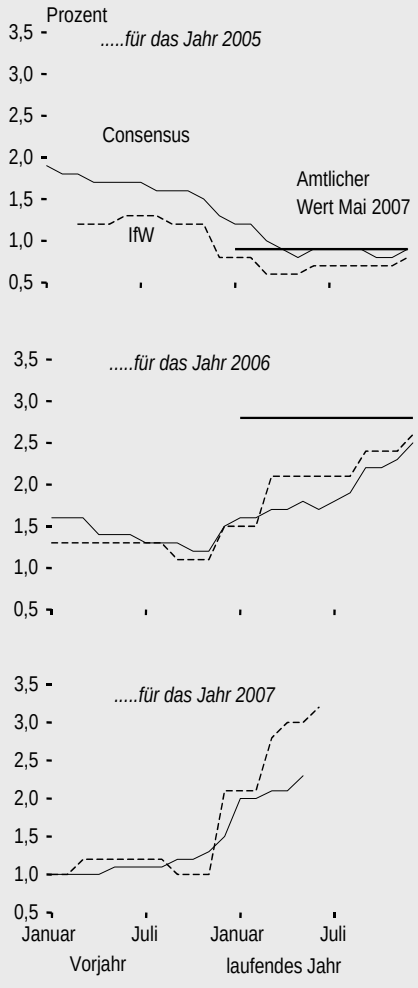
Zur Revision der Konjunkturprognosen in den Jahren 2005 bis 2007

In den vergangenen Monaten ist die Dynamik des Aufschwungs von nahezu allen Prognostikern unterschätzt worden. So wurde der starke Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 – um 2,8 Prozent nach der jüngsten Revision – von den meisten Institutionen selbst im Herbst 2006 noch nicht richtig antizipiert. Und auch für 2007 waren die Prognosen, beeinflusst von der Erwartung, dass die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 den Aufschwung bremsen würde, lange pessimistisch. Erst langsam setzt sich die Einschätzung durch, dass die interne Dynamik des Aufschwungs so stark ist, dass die Wirtschaft trotz der restriktiven Finanzpolitik weiter kräftig expandiert. Dabei lässt sich beobachten, dass sich die Verschiebung der durchschnittlichen Prognose über eine temporär breiter gestreute Verteilung der einzelnen Prognosen vollzieht.[a] Im Folgenden sollen diese beiden Phänomene dargestellt werden.

Abbildung K1(a) zeigt für die Jahre 2005 bis 2007 die Entwicklung der Konsensprognose[b] und der Prognosen des Instituts für Weltwirtschaft für die jährlichen Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts über jeweils zwei Jahre. Während die Prognosen für 2005 schon Anfang des Jahres relativ genau waren, zeigt sich für das Jahr 2006 ein anderes Bild. Noch im dritten Quartal 2006 lag die Konsensprognose bei unter 2 Prozent und auch die Prognose des Instituts für Weltwirtschaft war mit 2,4 Prozent zu niedrig. Viele Institutionen revidierten ihre Prognosen erst im letzten Quartal 2006 nach oben, so dass die Konsensprognose im Dezember 2006 mit 2,5 Prozent angegeben wurde. Für das Jahr 2007 scheint sich eine ähnliche Entwicklung abzuzeichnen.

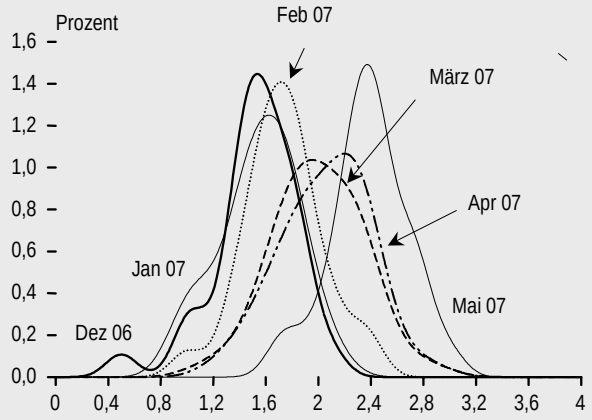
Im vergangenen Jahr wurde die Dynamik des Aufschwungs unterschätzt. Dabei wurde vor allem die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu pessimistisch prognostiziert. Zusammen mit dem restriktiven Impuls der Finanzpolitik bewog dies die Mehrheit der Prognostiker, für 2007 einen Produktionsanstieg von nicht mehr als 1 bis 1,5 Prozent vorherzusagen. Gegen Ende des Jahres und vor allem während des ersten Quartals 2007 mehrten sich dann jedoch neben pessimistischen

Abbildung K1(a):
Prognosen des realen Bruttoinlandsprodukts (Veränderung gegenüber dem Vorjahr) ...



Quellen: Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Consensus Economics Inc. (lfd. Jgg.); eigene Prognosen.

Abbildung K1(b):
Veränderung der Prognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 zwischen Dezember 2006 und Mai 2007 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)



Quelle: Consensus Economics Inc. (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Signalen wie den eingebrochenen Einzelhandelsumsätzen die Indikatoren, die auf eine Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs schließen lassen. So drehte der ifo-Geschäftserwartungsindikator überraschend wieder nach oben, die Industrieproduktion brach trotz der Mehrwertsteuererhöhung nicht ein, sondern erhöhte sich weiter, die Auftragsbestände der Firmen blieben auf Rekordhöhe, und im Laufe des ersten Quartals hellte sich auch das Konsumklima spürbar auf. Dadurch wurde wieder ein Prozess der Aufwärtsrevisionen in Gang gesetzt, den das Institut für Weltwirtschaft mit kräftigen Revisionen im Dezember und März sowie mit geringen Revisionen im April und Juni anführte. Die Konsensprognose erhöhte sich zwischen Dezember und Mai um 0,8 Prozentpunkte auf 2,3 Prozent.

Abbildung K1(b) zeigt eine Reihe von Kerndichteschätzungen für die Verteilung der Prognosen für das Jahr 2007 in den Monaten zwischen Dezember 2006 und Mai 2007.[c] Die Sequenz von Dichteschätzungen verdeutlicht, dass sich die momentane Anpassung der Einzelprognosen nach dem folgenden Muster vollzieht: Zuerst erhöhen einige wenige Institutionen ihre Prognose (hier zu sehen im Februar), was zu einer Schiefe der Verteilung führt. Danach ziehen mehr und mehr Institutionen nach. Dadurch wird die Verteilung breiter gestreut (März/April). Im Mai zeichnet sich ab, dass sich die Verteilung wieder enger um eine dann höhere Konsensprognose zusammenzieht. Allerdings ist die Verteilung noch immer nach rechts verzerrt, was darauf schließen lässt, dass der Prozess der Aufwärtsrevisionen noch nicht abgeschlossen ist.

[a]Vgl. Döpke und Fritsche (2006, 2007) für Analysen über die Ursachen für divergierende Prognosen. — [b]Die Daten stammen von *Consensus Economics Inc.*, einer in London ansässigen Firma, die Umfragen unter professionellen Konjunkturprognostikern in Banken oder Forschungsinstituten durchführt und die Ergebnisse in einem Paneldatensatz zusammenfasst. Eine detaillierte Beschreibung des hier verwendeten Datensatzes findet sich in Dovern und Weisser (2007). — [c]Eine Kerndichteschätzung approximiert eine Verteilung, von der nur einige Beobachtungen bekannt sind. In diesem Fall werden die Verteilungen der Prognosen für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Jahr 2007 auf Basis der Prognosen geschätzt, die im Consensus-Economics-Datensatz in den jeweiligen Monaten aufgelistet sind. Die Dichteschätzung einer Verteilung X für den Punkt x ist gegeben durch $f(x) = 1/(hN)\sum_{j=1}^{N} K(x - X_j)/h$, wobei N für die Anzahl der Beobachtungen steht, h die Bandweite ist, über die die Glättung der Verteilung bestimmt wird (hier $0{,}79\, IQR / N^{(1/5)}$ – IQR steht für den Interquartilabstand) und $K(y)$ die gewichtende Kernfunktion darstellt (hier $K(y) = (1/2\pi)e^{-y^2/2}$).

relle Lage hin. Der spürbare Rückgang der Industrieproduktion im April dürfte dagegen durch eine Reihe von Sonderfaktoren[1] bedingt worden sein, und wir rechnen nun mit einem deutlichen Anstieg der Industrieproduktion im Mai bzw. Juni dieses Jahres. Die privaten Konsumausgaben haben offenbar ihre Schwäche überwunden und dürften stark ausgeweitet worden sein; darauf deuten auch die Umsätze im Einzelhandel hin, die im April sprunghaft gestiegen sind und merklich über dem Niveau im ersten Quartal lagen. Auch haben die Exporte nach der Flaute im ersten Quartal wohl wieder angezogen, zumal die Aufträge aus dem Ausland deutlich zugenommen haben. Einen Dämpfer hat es voraussichtlich bei den Bauinvestitionen gegeben; sie dürften nach dem Schub im ersten Quartal, der auch witterungsbedingt war, sogar gesunken sein.

Vor allem wegen der alles in allem sehr günstigen Frühindikatoren haben wir die Prognose abermals angehoben; wir rechnen nun für das laufende Jahr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,2 Prozent und für 2008 mit einer Zunahme um 2,7 Prozent. Offenbar ist es für eine Aufschwungphase typisch, dass die konjunkturelle Dynamik lange Zeit unterschätzt wird. Dies traf insbesondere auf die Prognose für das Jahr 2006 zu. Auch für das laufende Jahr sind die Schätzungen wiederholt deutlich angehoben worden (Kasten 1).

[1] So dürfte es aufgrund des „Brückentags“ vor dem Maifeiertag zu Produktionsausfällen gekommen sein, zumal der Tag in einigen Bundesländern als schulfrei galt; außerdem lagen die Schulferien in fast allen Bundesländern vollständig im April. Schließlich schlugen sich die Warnstreiks in der Metallindustrie in der Statistik nieder; da diese am Monatsende lagen, konnten die Produktionseinbußen im April nicht mehr aufgeholt werden.

Monetäre Rahmenbedingungen weniger günstig

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten etwas eingetrübt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren geldpolitischen Kurs weiter gestrafft und den für den Euroraum maßgeblichen Leitzins am 6. Juni erwartungsgemäß auf 4,0 Prozent angehoben. Der Satz für Dreimonatsgeld hatte bereits im April – zum ersten Mal seit sechseinhalb Jahren – die 4-Prozent-Marke überschritten, er lag Anfang Juni bei 4,2 Prozent. Die Kapitalmarktzinsen haben ebenfalls angezogen. Mit 4,5 Prozent lagen sie in der ersten Juni-Woche um einen halben Prozentpunkt über ihrem Stand vom Jahresbeginn; auch real haben sie sich angesichts kaum veränderter langfristiger Inflationserwartungen erhöht. Positiv auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen wirkt sich das hohe Niveau der Börsenkurse aus. Der Euro hat etwas aufgewertet, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen hat sich seit März um schätzungsweise ein halbes Prozent verschlechtert.

Im Prognosezeitraum dürfte die EZB die Leitzinsen zunächst weiter anheben. Wir erwarten Zinsschritte um jeweils einen viertel Prozentpunkt für Anfang September und für Anfang Dezember 2007; im Jahr 2008 werden die Zinsen wohl auf dem dann erreichten Niveau verharren (Tabelle 1). Die Kapitalmarktzinsen dürften leicht steigen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,35 unterstellt.

Ausgeglichenes Budget des Staates schon 2007

Das Budgetdefizit des Staates ist im Jahr 2006 stark gesunken; es wird im Jahr 2007 weiter abnehmen. Maßgeblich dafür sind neben dem kräftigen Aufschwung die Maßnahmen, die das strukturelle Budgetdefizit des Staates reduzieren. Hinzu kommen Einflüsse, die nicht eindeutig als Konjunktur- oder Struktureffekte qualifiziert werden können. Der wichtigste besteht darin, dass das Aufkommen der Steuern auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge im Jahr 2006 um rund 24 Prozent (Tabelle 2) und damit weitaus stärker gestiegen ist, als es aufgrund der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Entwicklung

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2006, 2007 und 2008

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I	II[a]	III[b]	IV[b]	I[b]	II[b]	III[b]	IV[b]
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,6	2,9	3,2	3,6	3,8	4,1	4,4	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,5	4,0	3,9	3,8	4,0	4,4	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0
Tariflohnindex[c,d]	0,9	1,6	0,3	1,5	0,6	3,0	2,6	2,6	3,1	1,6	2,4	2,2
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,20	1,27	1,27	1,32	1,32	1,34	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft[e]	96,1	97,2	97,6	97,8	98,3	98,6	98,7	99,0	99,0	99,0	99,0	99,0
Industrieproduktion im Ausland[f,g]	6,6	5,8	3,5	3,7	3,2	2,5	2,0	2,0	2,0	2,2	2,3	2,5
Rohölpreis[h]	61,9	69,8	70,1	59,7	58,1	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0

[a]Geschätzt. — [b]Prognose. — [c]Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — [d]Auf Stundenbasis. — [e]Gegenüber 56 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — [f]Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — [g]In 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — [h]US-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 2:
Das Aufkommen der Steuern auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge 2004–2007

	2004	2005	2006	2007[a]
	Mrd. Euro			
Körperschaftsteuer	13,1[b]	16,3	22,9	24,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	9,9	10,0	11,9	13,2
Zinsabschlag	6,8	7,0	7,6	9,3[c]
Gewerbesteuer	28,4	32,1	38,4	40,7
Insgesamt	58,2	65,4	80,8	87,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Körperschaftsteuer	58,6[b]	24,4	40,5	6,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	10,2	1,0	19,0	10,9
Zinsabschlag	–11,3	2,9	8,6	22,4
Gewerbesteuer	17,5	13,0	19,6	6,0
Insgesamt	18,6	12,4	23,5	8,4

[a]Prognose. — [b]Stark beeinflusst durch die Effekte der Reform der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2001. — [c]Mehreinnahmen infolge der Reduktion des Sparerfreibetrags.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu erwarten war; im Jahr 2007 setzt sich diese Entwicklung – wenngleich deutlich abgeschwächt – fort. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist allein dadurch von 2005 bis 2007 um 0,7 Prozentpunkte reduziert worden.

Das strukturelle Budgetdefizit des Staates dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 0,7 Prozentpunkte abnehmen,[2] nachdem es im Jahr 2006 kaum gesunken war.[3] Der kräftige Rückgang im Jahr 2007 beruht zum Teil darauf, dass die Ausgaben des Staates nur wenig erhöht werden. Zwar werden die Investitionen erneut ausgeweitet, und die Altersrenten werden erstmals seit Juli 2003, und zwar um 0,54 Prozent, angehoben; die Löhne im öffentlichen Dienst nehmen aber – bei kaum verändertem Personalbestand – nur wenig zu, und die Ausgaben für das Arbeitslosengeld sinken nicht nur konjunkturbedingt, sondern auch deshalb, weil die Dauer, für die Arbeitslosengeld bezogen werden kann, verkürzt wurde.[4] Zur Verringerung des strukturellen Defizits trägt aber vor allem bei, dass der Regelsatz der Mehrwertsteuer und die Versicherungsteuer angehoben und per saldo Steuervergünstigungen reduziert wurden. Die Belastung der Löhne und bestimmter Sozialleistungen durch die Sozialbeiträge insgesamt sinkt dagegen im Jahr 2007. Zwar wurde der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 um 0,4 Prozentpunkte erhöht, und der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2007 wohl um 0,6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2006 sein, aber der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wurde zum Jahresbeginn um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent gesenkt. Das Budget des Staates dürfte im Jahr 2007 nahezu ausgeglichen sein[5], nachdem das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 noch 3,2 Prozent betragen hatte (Tabelle 3).

Im Jahr 2008 dürften die Ausgaben des Staates um knapp 2 ½ Prozent zunehmen und damit merklich rascher steigen als im Jahr 2007 (0,9 Prozent). So werden die Löhne im öffentlichen Dienst deutlich angehoben. Auch dürfte der Personalbestand tendenziell steigen; zusätzliche Arbeitsplätze werden wohl in jenen Bereichen entstehen, in denen bislang unter dem Druck der hohen Budgetdefizite auf eine Aufstockung des Personalbestandes verzichtet worden war. Zudem werden die Investitionen angesichts der

[2] Entscheidend dafür sind die finanzpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung; vgl. hierzu Boss et al. (2006b: 55).

[3] Nach Berechnungen der OECD (2007) hat das strukturelle Defizit im Jahr 2006 stärker und im Jahr 2007 schwächer als hier angegeben abgenommen. Die OECD interpretiert einen großen Teil der Zunahme des Aufkommens der „gewinnabhängigen Steuern“ als strukturell bedingt.

[4] Die Verkürzung war in einer Regierungserklärung am 14. März 2003 („Agenda 2010“) angekündigt und im Dezember 2003 vom Gesetzgeber beschlossen worden. Sie trat im Februar 2006 in Kraft. Direkte Auswirkungen auf die Ausgaben ergeben sich aber erst ab Februar 2007.

[5] Dabei ist berücksichtigt, dass inländischen Anteilseignern ausländischer Kapitalgesellschaften im Prognosezeitraum Körperschaftsteuer erstattet wird, die bis zum Jahr 2000 in den damaligen EU-Staaten gezahlt und entsprechend dem damals geltenden deutschen Körperschaftsteuersystem nicht erstattet worden war.

Tabelle 3:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 1999–2008[a] (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern[b]	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen[c]	Budgetsaldo
1999	48,1	24,5	18,7	3,4	–1,5
2000	47,6[d]	25,0	18,3	3,1	–1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	–2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	–3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	–4,0
2004	47,1	22,3	18,0	3,1	–3,7
2005	46,8	22,5	17,7	3,4	–3,2
2006	45,6	23,5	17,4	3,1	–1,6
2007[e]	43,6	24,2	16,3	3,1	0,0
2008[e]	42,9	23,9	16,2	2,9	0,1

[a]Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [b]Einschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — [c]Ausschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — [d]Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — [e]Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

verbesserten Finanzlage des Staates voraussichtlich wieder kräftig ausgeweitet werden. Ferner ist damit zu rechnen, dass zusätzliche Mittel im Bereich Kinderbetreuung eingesetzt und die Aufwendungen für Ausbildungsbeihilfen und für die Entwicklungshilfe erhöht werden. Schließlich werden die Altersrenten zum 1. Juli 2008 deutlich, und zwar um rund 1 ½ Prozent, angehoben.[6] Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge dürfte im Jahr 2008 etwas abnehmen. Zwar werden die Beitragssätze in der Sozialversicherung insgesamt wohl nur wenig sinken, die Lohnsteuerbelastung wird progressionsbedingt sogar verstärkt steigen; beträchtliche Mindereinnahmen (6 ½ Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung zu erwarten (vgl. hierzu Boss 2007). Der Budgetsaldo des Staates dürfte im Jahr 2008 erstmals seit 1989 positiv sein.

Nicht nur die Finanzlage der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden), sondern auch die der Sozialversicherung hat sich verbessert und wird sich konjunkturbedingt weiter aufhellen. Das gilt für alle Zweige der Sozialversicherung. Geradezu spektakulär ist die Entwicklung bei der Arbeitslosenversicherung. Die Bundesagentur für Arbeit wird auch in den Jahren 2007 und 2008 einen Überschuss erzielen. Die Rücklage (Ende 2006: 11,2 Mrd. Euro) würde bei gegebener Rechtslage deutlich zunehmen. Wir erwarten aber, dass der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2008 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent gesenkt wird. Einen Teil der Rücklage dürfte der Bund über eine Reduktion seines Zuschusses, über die Verlagerung von Aufgaben auf die Bundesagentur für Arbeit oder auf einem anderen Weg (z.B. durch die Anhebung des Aussteuerungsbetrages oder der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeldempfänger und Empfänger anderer Geldleistungen der Bundesagentur bei gleichzeitiger Kürzung des Zuschusses des Bundes an die Sozialversicherung) in Anspruch nehmen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wurde der Beitragssatz Anfang 2007 stärker als notwendig angehoben, so dass die Rücklage, die im Jahr 2006 aufgrund der vorgezogenen Fälligkeit der Beiträge entstanden ist, weniger rasch abgebaut wird, als es sonst der Fall wäre. Eine geringe Reduktion des Beitragssatzes zum Beginn des Jahres 2008 ist angesichts der vorhandenen Rücklage möglich, allerdings unwahrscheinlich angesichts der absehbaren demographisch bedingten Probleme in den kommenden Jahrzehnten (Tabelle 4).

Die gesetzliche Krankenversicherung hat auch im Jahr 2006 einen Überschuss erzielt. Er ist aber – trotz eines erhöhten Zuschusses des Bundes – nicht größer ausgefallen als im Vorjahr (Tabelle 5). Im Jahr 2007 wird der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung von 4,2 auf 2,7 Mrd. Euro verringert. Auch sind die Kassen verpflichtet, mindestens einen Teil ihrer Schulden zu tilgen. Zudem war Ende 2006 ein weiterer Anstieg der so-

[6] Der Lohnanstieg je Beschäftigten im Jahr 2007 und der Nachhaltigkeitsfaktor hätten für sich genommen zwar eine Rentenerhöhung um rund 2 ½ Prozent zur Folge, dem wirken aber die Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2007 sowie die (weitere) Erhöhung des Altersvorsorgeanteils im selben Jahr entgegen.

Tabelle 4:
Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung 2005–2008[a] (Mrd. Euro)

	2005	2006	2007[b]	2008[b]
Tatsächliche Sozialbeiträge	155,7	156,5	162,3	169,9
Unterstellte Sozialbeiträge	0,2	0,2	0,2	0,2
Empfangene Transfers vom Staat	78,8	78,4	79,5	79,5
Sonstige Einnahmen	0,9	0,8	0,9	1,0
Einnahmen insgesamt	235,6	235,9	242,9	250,6
Monetäre Sozialleistungen	233,0	234,6	237,1	240,9
Soziale Sachleistungen	3,4	3,4	3,4	3,5
Sonstige Ausgaben[c]	4,8	4,6	4,6	4,7
Ausgaben insgesamt	241,2	242,6	245,1	249,1
Finanzierungssaldo	–5,6	–6,7	–2,2	1,5

[a]Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [b]Prognose. — [c]Z.B. Löhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 5:
Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2005–2008[a] (Mrd. Euro)

	2005	2006	2007[b]	2008[b]
Tatsächliche Sozialbeiträge	140,2	142,3	148,9	154,0
Unterstellte Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,7
Empfangene Transfers vom Staat	4,6	6,4	4,7	4,7
Sonstige Einnahmen	1,0	1,0	1,0	1,0
Einnahmen insgesamt	146,4	150,3	155,2	160,4
Monetäre Sozialleistungen[c]	7,6	7,4	7,5	7,6
Soziale Sachleistungen	127,5	131,5	136,3	141,7
Sonstige Ausgaben[d]	9,1	9,2	9,2	9,3
Ausgaben insgesamt	144,2	148,1	153,0	158,6
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	2,2	1,8

[a]Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [b]Prognose. — [c]Z.B. Krankengeld. — [d]Z.B. Löhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

zialen Sachleistungen, zu denen z.B. die Ausgaben für ärztliche und zahnärztliche Behandlung, für Arzneimittel und für die Behandlung im Krankenhaus zählen, zu erwarten. Der Beitragssatz wurde deshalb angehoben; er dürfte im Jahresdurchschnitt 2007 für die Krankenkassen im Durchschnitt um 0,6 Prozentpunkte höher sein als im Jahr 2006 (14,2 Prozent). Die gesamten Ausgaben der Krankenkassen werden im Jahr 2007 wohl um 3,3 Prozent steigen; bei dem zu erwartenden Anstieg des Beitragsaufkommens wird abermals ein beträchtlicher Überschuss entstehen. Für das Jahr 2008 erwarten wir, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung trotz der Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform etwas rascher als im Jahr 2007 steigen werden. Bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung dürften die Einnahmen (bei unverändertem Beitragssatz) die Ausgaben übersteigen.

Zunahme des Exports beruhigt sich etwas

Die Exporte haben sich im ersten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 4,5 Prozent verringert. Dies ist freilich als Reaktion auf den durch Sonderfaktoren überzeichneten, überaus starken Anstieg im Vorquartal zu verstehen. Die Grundtendenz ist weiterhin aufwärts gerichtet. So haben sich die Exporterwartungen, die im ersten Quartal gesunken waren, danach wieder erholt und lagen zuletzt wieder auf dem Stand vom Herbst vergangenen Jahres. Vor allem aber sind die Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe bis zuletzt gestiegen; im April lagen sie um 1,9 Prozent über dem Niveau vom ersten Quartal. Dies dürfte maßgeblich dafür sein, dass die Auftragsbestände der Unternehmen sich nach wie vor auf Rekordniveau befinden. Allerdings dürften sich die Lieferungen zum Teil noch länger hinziehen, da insbesondere im Investitionsgütergewerbe mittlerweile Kapazitätsengpässe auftreten. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich zwar die Ordertätigkeit aus dem Ausland mit dem etwas moderateren Tempo der Weltkonjunktur, das wir erwarten, abschwächen; dazu trägt auch bei, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Aufwertung des Euro etwas

verschlechtert hat. Mit der Abwicklung der aufgelaufenen Aufträge dürfte die Exportdynamik gleichwohl bis zum Ende des Prognosezeitraums lebhaft bleiben, wenn auch nicht mehr so hoch wie im vergangenen Jahr. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr eine Zunahme der Ausfuhr um 7,9 Prozent und für das nächste Jahr einen Anstieg um 6,8 Prozent.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer zum 1. Januar dieses Jahres ist nicht mit einer schwächeren Zunahme der Einfuhr einhergegangen. Vielmehr sind die Importe im ersten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 15,5 Prozent abermals kräftig gestiegen. Zwar verringerten sich die Einfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie von Gütern der Informationstechnologie. Dies wurde jedoch mehr als ausgeglichen durch steigende Importe anderer Produkte, insbesondere von Vorleistungsgütern. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Einfuhr durch die gute Binnenkonjunktur und die weiter kräftige Expansion des Exports stimuliert. Da sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hersteller durch die Senkung der Lohnnebenkosten zu Jahresbeginn etwas verbessert hat, dürften die Zuwächse geringer ausfallen als in den zurückliegenden Quartalen. Für den Durchschnitt des laufenden Jahres rechnen wir mit einem Anstieg der Einfuhr um 9,0 Prozent; im kommenden Jahr erhöht sie sich voraussichtlich um 7,8 Prozent.

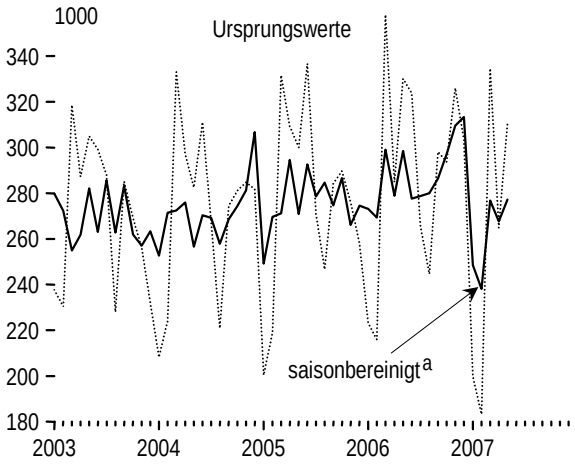
Die Einfuhrpreise sind im ersten Quartal weiter gesunken; maßgeblich hierfür dürfte der Rückgang des Ölpreises gewesen sein. Nachdem dieser im zweiten Quartal wieder deutlich angezogen hat und unserer Annahme zufolge im Prognosezeitraum auf dem erreichten Niveau verharren wird, gehen von dieser Seite keine preisdämpfenden Effekte mehr auf die Importpreise aus. Die Preise nichtenergetischer Rohstoffe dürften in diesem Jahr deutlich zurückgehen und im kommenden nur wenig steigen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das laufende Jahr einen Rückgang der Importpreise um 0,7 Prozent und für das kommende einen Anstieg um 0,6 Prozent. Die Exportpreise dürften im weiteren Verlauf dieses Jahres nur sehr mäßig steigen, auch weil die Exporteure der Aufwertung des Euro mit Preiszugeständnissen begegnen. Im kommenden Jahr werden die Exportpreise angesichts steigender Lohnstückkosten und erhöhter Preisüberwälzungsspielräume voraussichtlich ebenfalls etwas anziehen. Die Terms of Trade werden bei alldem 2007 um 1,6 Prozent steigen und 2008 auf diesem Niveau verharren.

Binnennachfrage boomt

Die Binnennachfrage schwankte um den zurückliegenden Jahreswechsel, bedingt durch erhebliche Veränderungen bei den Vorratsinvestitionen, außerordentlich stark. Im Durchschnitt des vergangenen Winterhalbjahrs hat sie annualisiert um nur 0,4 Prozent zugenommen und damit deutlich langsamer als im vorangegangenen Sommerhalbjahr. Maßgeblich hierfür war, dass die privaten Konsumausgaben stagnierten; der leichte Anstieg zum Jahresende wurde mehr als ausgeglichen durch den deutlichen Rückgang zu Jahresbeginn 2007. Im Prognosezeitraum wird die Binnennachfrage sehr dynamisch expandieren, wobei sich ihre Zuwächse nur wenig abschwächen. Im Jahresdurchschnitt wird die inländische Verwendung im Jahr 2008 voraussichtlich um 2,8 Prozent steigen, nach 3,3 Prozent im laufenden Jahr.

Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die *Konsumausgaben der privaten Haushalte* nach dem spürbaren Rückgang im ersten Quartal (um 5,5 Prozent, laufende Jahresrate) im zweiten Quartal sehr kraftvoll gestiegen sein dürften. So lagen die Umsätze im Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge im April um 2,8 Prozent über ihrem Niveau vom ersten Quartal, und die Pkw-Neuzulassungen überstiegen im Mittel der Monate April und Mai den Vorquartalsstand saisonbereinigt sogar um 7 Prozent (Abbildung 3). Auch mit Blick auf den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums sind die Aussichten für die privaten Konsumausgaben ausgesprochen günstig. Mit der kräftig steigenden Beschäftigung, anziehenden Bruttolöhnen und per saldo gesunkenen Beiträgen zur Sozialversicherung ist sowohl für dieses als auch für das nächste Jahr eine

Abbildung 3:
Pkw-Neuzulassungen 2003–2007



[a]Mit X12-ARIMA.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

spürbar anziehende Nettolohnsumme zu erwarten; deren Zunahme wird voraussichtlich im laufenden Jahr rund 4 Prozent betragen, im kommenden Jahr wird sie sogar deutlich darüber liegen. Die gesetzlichen Altersrenten werden wieder angehoben; zudem ist ein einkommensabhängiges Elterngeld eingeführt worden. Angesichts weiter merklich steigender Gewinn- und Vermögenseinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2007 und 2008 deutlich rascher steigen als in den zurückliegenden Jahren (2,9 Prozent bzw. 4,3 Prozent). Real erhöhen sie sich um 1,0 bzw. 2,4 Prozent. Bei leicht steigender Sparquote werden die Konsumausgaben im laufenden Jahr um 0,6, im kommenden Jahr um 2,5 Prozent zulegen.

Anders als angesichts der Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn zu erwarten war, sind die *Wohnungsbauinvestitionen* im ersten Quartal nicht zurückgegangen, sondern sogar merklich gestiegen. Sie erhöhten sich mit einer laufenden Jahresrate von 15,6 Prozent. Dabei spielte nicht zuletzt das außergewöhnlich warme Wetter eine Rolle.[7] Hinzu mag gekommen sein, dass angesichts der hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe zahlreiche Bauvorhaben, die im vergangenen Jahr teils mit Blick auf die Anhebung der Mehrwertsteuer begonnen worden waren, zur Jahresfrist nicht abgeschlossen werden konnten und daher im ersten Quartal fortgeführt wurden. Darauf deutet hin, dass die Wohnungsbauunternehmen ihre Auftragsbestände, trotz schon seit vergangenem Oktober rückläufiger Auftragseingänge, immer noch als sehr hoch beurteilen. Im weiteren Jahresverlauf werden die Auftragsbestände wohl abgebaut; dies wird die Wohnungsbauproduktion stützen. Allerdings rechnen wir nach der hohen Investitionstätigkeit im abgelaufenen Quartal mit einem Rückgang der Investitionen im Frühjahr. Im kommenden Jahr dürften von den deutlich steigenden verfügbaren Einkommen Impulse auf die Wohnungsbauinvestitionen ausgehen. Alles in allem rechnen wir für das Jahr 2008 mit einem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 2,1 Prozent, nach 6,0 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 6). Der Anstieg der Baupreise, der zu Jahresbeginn unter dem Eindruck der Mehrwertsteuererhöhung sowie deutlich erhöhter Preise für Baumaterial kräftig angezogen hatte (Kasten 2), dürfte sich im weiteren Jahresverlauf wieder zurückbilden, da die Kapazitätsengpässe im Baubereich wohl mittlerweile überwunden und von den internationalen Rohstoffpreisen eher dämpfende Impulse zu erwarten sind.

Tabelle 6:
Reale Anlageinvestitionen 2005–2008 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2005	2006	2007[a]	2008[a]
Anlageinvestitionen	0,8	5,6	9,3	5,0
Unternehmensinvestitionen	3,9	6,3	11,0	6,3
Ausrüstungen	6,1	7,3	14,2	7,5
Sonstige Anlagen	4,7	5,9	9,6	5,3
Wirtschaftsbau	–1,8	3,8	2,8	3,1
Wohnungsbau	–4,0	4,4	6,0	2,1
Öffentlicher Bau	–5,9	5,4	8,1	5,6
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	–3,6	4,3	5,0	2,9

[a]Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

[7] Die Anzahl der Bauunternehmen, die in Umfragen widrige Witterungsverhältnisse als Produktionshindernis angaben, war im Februar und im März 2007 so gering wie seit 1989 nicht mehr.

Kasten 2:

Starker Anstieg der Baupreise

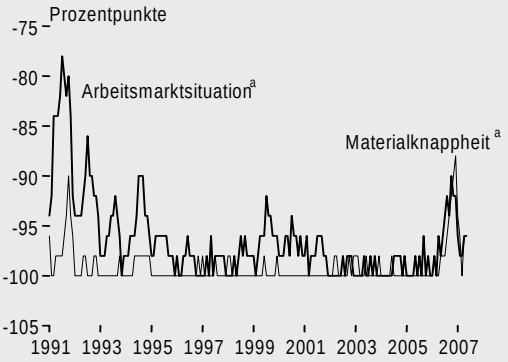
Die Baupreise sind im Jahr 2006 deutlich beschleunigt gestiegen, nachdem sie in den Jahren bis 2004 stagniert hatten oder sogar gefallen waren. Der Deflator der Bauinvestitionen übertraf im Jahr 2006 seinen Stand vom Vorjahr um 3 Prozent, im Verlauf stieg er sogar um 4 Prozent. Im ersten Quartal 2007 hat er sich nun sehr stark erhöht. Gegenüber dem Vorquartal legte er mit einer annualisierten Rate von 13,8 Prozent zu. Dies ist der stärkste Anstieg seit 1991. Für die Preisentwicklung dürfte eine Reihe von Faktoren im Bausektor eine Rolle gespielt haben.

Wesentlich dürfte vor allem die steigende Nachfrage gewesen sein. Im vergangenen Jahr wurden die Bauinvestitionen um 4,3 Prozent ausgeweitet, wobei alle Bereiche (Wohnungsbau, gewerblicher Bau und öffentlicher Bau) in etwa demselben Ausmaß betroffen waren. Die erhöhte Nachfrage traf auf einen durch die mehr als zehn Jahre dauernde Branchenkrise deutlich geschrumpften Bausektor. Entsprechend erhöhte sich die Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft drastisch (Abbildung K2(a)), in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres übertraf sie sogar die Höchststände während des Baubooms nach der Wiedervereinigung. Darüber hinaus meldeten die Unternehmen im vierten Quartal 2006 ungewöhnlich starke Lieferengpässe bei der Materialbeschaffung und Schwierigkeiten bei der Einstellung neuen Personals (Abbildung K2(b)). Während sich die Situation im ersten Quartal dieses Jahres ein wenig entspannte, erhöhte sich die Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft im April und Mai wieder leicht.

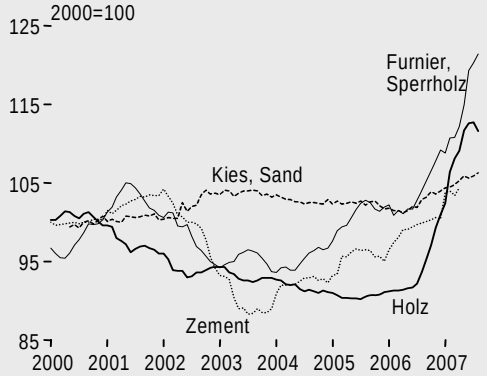
Abbildung K2:

(a) Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft 1991–2007

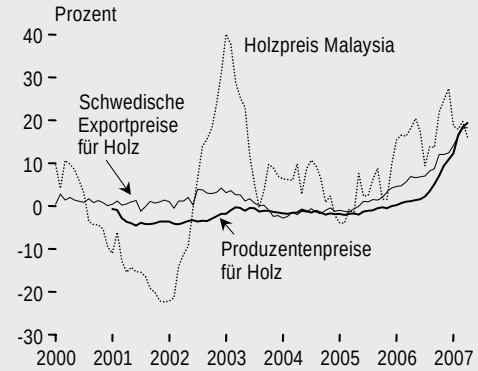
(b) Produktionsbehindernde Faktoren in der Bauwirtschaft 1991–2007



(c) Produzentenpreise für Baurohstoffe 2000–2007



(d) Internationale Holzpreise 2000–2007[iii]



[i]Nach ifo-Umfrage. Saisonbereinigt. — [ii]Saldo des Anteils der Firmen, die Engpässe angeben, und des Anteils der Firmen, die über keine Engpässe berichten. — [iii]Veränderung zum Vorjahr.

Quelle: ifo (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 2* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); Statistics Sweden; eigene Berechnungen.

Neben der hohen Nachfrage spielten gestiegene Preise von Vorleistungsgütern eine maßgebliche Rolle für das Anziehen der Baupreise. Besonders Holz und Holzerzeugnisse haben sich im Jahr 2006 sprunghaft verteuert. (Abbildung K2(c)). Holz war im März um 18,4 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Hierbei spielten allerdings weltweite Entwicklungen eine Rolle. So zeigen internationale Preisindizes für Holz sowie die schwedischen Exportpreise für Holz- und Holzerzeugnisse ähnlich starke Zuwächse (Abbildung K2(d)). Hier zeichneten sich zuletzt allerdings Rückgänge ab.

Die Umsatzsteueranhebung zu Jahresbeginn dürfte als Hauptgrund für die Preiserhöhungen dagegen ausscheiden, da nicht nur die Wohnungsbaupreise betroffen waren; die Preise für Industriegebäude und im Straßenbau stiegen sogar noch stärker.

Auch vonseiten der Arbeitskosten gingen in den vergangenen Monaten keine Teuerungsimpulse aus. Zwar stiegen die Arbeitnehmerentgelte im Bausektor zum ersten Mal seit über zehn Jahren wieder deutlich; im ersten Quartal diesen Jahres lagen sie um 4,4 Prozent über dem Vorjahreswert. Allerdings legten die geleisteten Arbeitsstunden der Beschäftigten mit gut 8 Prozent im Vorjahresvergleich weitaus stärker zu, so dass sich ein Rückgang der Kosten pro geleisteter Arbeitsstunde ergibt. Da es zusätzlich zu hohen Produktivitätsgewinnen kam, sanken die Lohnstückkosten auf Stundenbasis um 11,7 Prozent im Vorjahresvergleich.

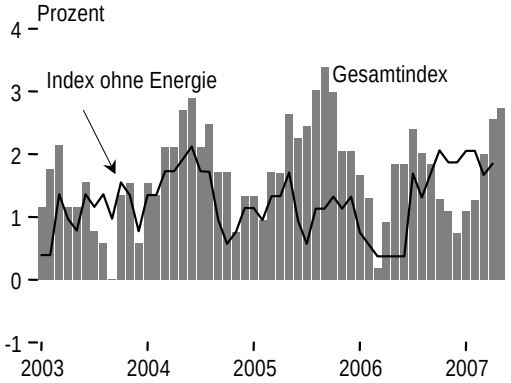
Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen war zu Jahresbeginn sehr kräftig. Die Unternehmensinvestitionen erhöhten sich mit einer laufenden Jahresrate von 11,4 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf dürfte diese Dynamik in etwa erhalten bleiben. Dabei spielen sowohl die anhaltend günstigen Absatz- und Ertragserwartungen eine Rolle als auch die Anreize, für 2008 und später geplante Investitionen ins laufende Jahr vorzuziehen, um noch die steuerlichen Vorteile der degressiven Abschreibung auszunutzen. Im kommenden Jahr dürfte die Investitionstätigkeit auch daher merklich an Fahrt verlieren, zu Beginn des Jahres 2008 wird sie voraussichtlich sogar leicht sinken. Angesichts der anhaltenden binnen- und außenwirtschaftlichen Impulse bleibt sie im weiteren Verlauf des Jahres jedoch aufwärts gerichtet. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2008 voraussichtlich um 6,3 Prozent steigen, nach 11,0 Prozent im Jahr 2007.

Die Bauinvestitionen des Staates sind im Jahr 2006 – nach einem über viele Jahre dauernden Rückgang – gestiegen, und zwar um preisbereinigt 5,4 Prozent.[8] Sie werden im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Die verbesserte Finanzlage in allen Teilsektoren des Staates lässt dies erwarten, obwohl auch die Preise für die Bauleistungen, die der Staat kauft, kräftig gestiegen sind und weiter erhöht werden dürften.

Preisauftrieb weiterhin hoch

Bedingt durch den Mehrwertsteuereffekt, aber auch zunehmend durch die hohe Kapazitätsauslastung ist der Auftrieb der Verbraucherpreise weiterhin hoch (Abbildung 4). So stiegen die Preise im Mai saisonbereinigt um 0,2 Prozent. Im März und April legte das Verbraucher-

Abbildung 4:
Verbraucherpreisanstieg 2003–2007[a,b]



[a]Saisonbereinigt. — [b]Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

[8] Ein Teil des Anstiegs ist nicht durch die Zunahme der Bauleistungen, sondern durch eine Abnahme der Verkäufe von bebautem Land bedingt. Die Bauinvestitionen des Staates sind definiert als die Summe aus den „Bauten nach Produktion“ und dem Saldo aus dem „Erwerb von bebautem Land“ und der „Veräußerung von bebautem Land“.

preisniveau sogar um 0,3 bzw. 0,4 Prozent zu. Dabei spielte der außerordentlich starke Ölpreisanstieg, der (in Euro gerechnet) in den vergangenen drei Monaten rund 25 Prozent betrug, eine Rolle. Aber auch die Verbraucherpreise ohne Energie sind im April beschleunigt gestiegen, wozu die Einführung von Studiengebühren in einer Reihe von Bundesländern im April beigetragen hat.[9] Ein einmaliger Effekt ergibt sich für die Inflationsrate im Jahr 2007 aus der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar. Dabei zeigt sich, dass die Steueranhebung wohl in etwa in dem Maße gewirkt hat, das im Vorfeld prognostiziert worden war. Schätzungen zeigen, dass sich das Niveau der Verbraucherpreise um reichlich 1 Prozent erhöht hat (ARGE 2007). Nach einer weiteren Simulationsrechnung ist wohl auch im Jahresverlauf noch mit leichten mehrwertsteuerbedingten Preiserhöhungen zu rechnen (Boss et al. 2006a).

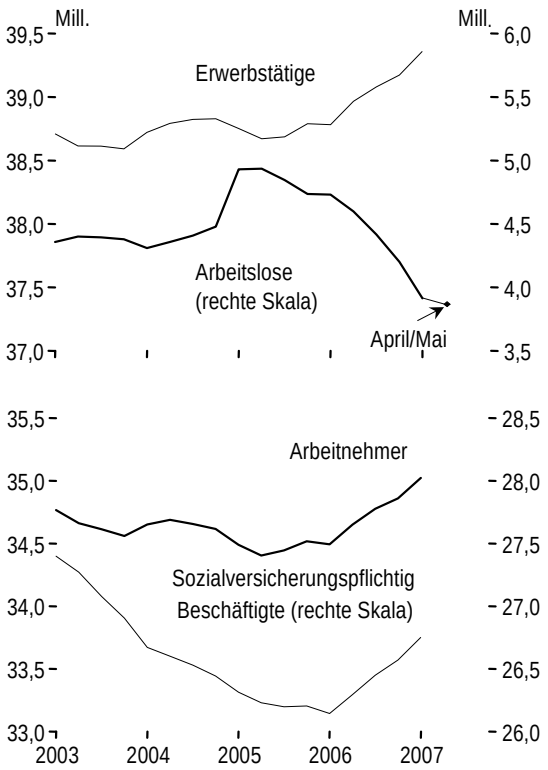
Für den Prognosezeitraum erwarten wir einen weiterhin spürbaren Preisauftrieb, der allerdings das Niveau von März und April nicht erreichen dürfte. Wir unterstellen einen konstanten Ölpreis von 68 US-Dollar, leicht fallende Preise für Industrierohstoffe und einen Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,35. Der Anstieg des Ölpreises und der übrigen Rohstoffe in der ersten Jahreshälfte 2007 dürfte auch in den nächsten Monaten noch preistreibend wirken, wodurch die Wirkung der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zum Teil gedämpft wird. Daneben entwickelt sich durch die binnenwirtschaftliche Dynamik mehr und mehr Aufwärtsdruck auf die Preise. Vor allem wird die Kapazitätsauslastung hoch bleiben und weiterhin Spielräume für Preiserhöhungen liefern. Im kommenden Jahr werden zudem die Lohnstückkosten deutlich steigen. So wird der Preisauftrieb im Jahr 2008 – trotz der dann wegfallenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung – ebenso hoch ausfallen wie in diesem Jahr. Für das Jahr 2007 heben wir unsere Prognose für den Verbraucherpreisanstieg auf 1,9 Prozent an.

[9] Der Preiseffekt der Einführung von Studiengebühren für den Verbraucherpreisindex wird auf 0,2 Prozentpunkte veranschlagt (Deutsche Bundesbank 2007: 56).

Zahl der Arbeitslosen fällt unter drei Millionen

Vor dem Hintergrund des konjunkturellen Aufschwungs hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Erwerbstätigkeit ist im Verlauf der ersten vier Monate dieses Jahres – freilich begünstigt durch die milde Witterung – mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 Prozent gestiegen (Abbildung 5). Besonders dynamisch erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; sie nahm im Verlauf der ersten drei Monate des Jahres – Daten für April liegen noch nicht vor – mit einer laufenden Rate von 2,6 Prozent zu. Stärker noch als sich die Erwerbstätigkeit erhöht hat, ist die Arbeitslosigkeit gesunken. Dabei spielte eine Rolle, dass die Bundesagentur für Arbeit den Status

Abbildung 5:
Arbeitsmarkt 2003–2007[a]



[a] Saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.).

von Arbeitslosen offenbar seit einiger Zeit genauer überprüft und zahlreiche Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, nicht mehr statistisch erfasst. Im Mai lag die Arbeitslosenquote mit 9,2 Prozent um 1,8 Prozentpunkte unter ihrem Stand von vor einem Jahr.

Die Lohnentwicklung steht der Fortsetzung des Aufschwungs nicht im Weg. Mit den Abschlüssen in der Metall- und Elektroindustrie, in der Chemischen Industrie und in der Druckindustrie liegen nun in wichtigen Branchen Tarifeinigungen vor. In der Metall- und Elektroindustrie werden die Tariflöhne im laufenden Jahr um 3,9 Prozent steigen und im kommenden voraussichtlich um 2,0 Prozent. Auch in der Druckindustrie wird die Anhebung im kommenden Jahr geringer ausfallen als im laufenden. Für die Chemische Industrie veranschlagen wir für 2007 und 2008 einen Anstieg um jeweils etwa 3,5 Prozent. Die Abschlüsse können vor dem Hintergrund der guten Konjunktur und des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit noch als moderat eingestuft werden. Offenbar sind die in Boss et al. (2007) beschriebenen lohndämpfenden Effekte (Globalisierung, Arbeitsmarktderegulierung, Einschränkung von Lohnersatzleistungen) weiterhin wirksam; darüber hinaus dürfte die Tatsache, dass die Arbeitnehmer bei den Beiträgen zur Sozialversicherung entlastet worden sind, ihre Lohnansprüche verringert haben. Anders als in den genannten Bereichen verläuft die Entwicklung der Löhne im öffentlichen Dienst. Hier wurden für einzelne Gruppen der Beschäftigten (z.B. Arbeitnehmer der Länder) für das Jahr 2008 Lohnerhöhungen um fast 3 Prozent vereinbart. Die Löhne für die übrigen Beschäftigten werden vermutlich ähnlich stark angehoben. Allerdings werden Einmalzahlungen, die im Jahr 2007 für einzelne Gruppen gezahlt werden, entfallen. Insgesamt erwarten wir, dass die Entlohnung im öffentlichen Dienst mit voraussichtlich 2,4 Prozent erstmals seit Jahren nennenswert zunimmt. Für die Gesamtwirtschaft rechnen wir für das Jahr 2008 mit einem Plus bei den Tariflöhnen um 2,3 Prozent, nach 2,2 Prozent im laufenden Jahr. Die realen Arbeitskosten, die im Jahr 2007 auch aufgrund der Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung deutlich sinken, werden 2008 zum ersten Mal seit 2001 wieder rascher steigen als die Produktivität; dabei spielt auch eine Rolle, dass die Effektiventlohnung mit 2,8 Prozent deutlich rascher anziehen dürfte als die Tarifentlohnung.

Die Erwerbstätigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sehr schwungvoll zunehmen. Bedingt durch die sehr günstige Konjunktur und die weiterhin moderate Lohnentwicklung wird die Zahl der Erwerbstätigen 2007 ihren Stand im Vorjahr um 1,4 Prozent oder 540 000 Personen übersteigen (Tabelle 7). Dabei wird der weitaus größte Teil der Arbeitsplatzgewinne auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entfallen. Im Jahr 2008 setzt sich die Beschäftigungsdynamik auch aufgrund der 2007 deutlich gesunkenen Arbeitskosten zunächst ungebremst fort. Erst zum Jahresende wird sie im Gefolge der etwas schwächeren Konjunktur geringfügig an Schwung einbüßen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen um 1,8 Prozent über ihrem Stand im Vorjahr liegen und damit erstmals die Marke von 40 Mill. überschreiten. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird bei alldem weiter deutlich sinken. Im laufenden Jahr wird sie sich, bedingt auch durch die Maßnahmen zur Bereinigung der Statistik von Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, voraussichtlich um rund 740 000 Personen verringern. Im kommenden Jahr nimmt sie um knapp 700 000 Personen ab. Gegen Ende des kommenden Jahres dürfte die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen unter 3 Millionen Personen liegen.

Tabelle 7:
Arbeitsmarkt 2005–2008 (1 000 Personen)

	2005	2006	2007[a]	2008[a]
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 804	56 133	57 123	58 448
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 090	39 633	40 332
Selbständige[b]	4 356	4 392	4 443	4 500
Davon gefördert[c,d]	322	299	237	264
Arbeitnehmer (Inland)	34 467	34 698	35 190	35 832
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[d]	26 235	26 364	26 915	27 413
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte[d]	4 771	4 814	4 823	4 916
Pendlersaldo	97	90	90	90
Erwerbstätige (Inländer)	38 726	39 000	39 544	40 242
Arbeitnehmer (Inländer)	34 370	34 608	35 100	35 743
Registrierte Arbeitslose	4 861	4 487	3 744	3 049
Arbeitslosenquote[e] (Prozent)	11,7	10,8	8,8	7,2
Erwerbslosenquote[f]	9,1	8,1	6,7	5,4

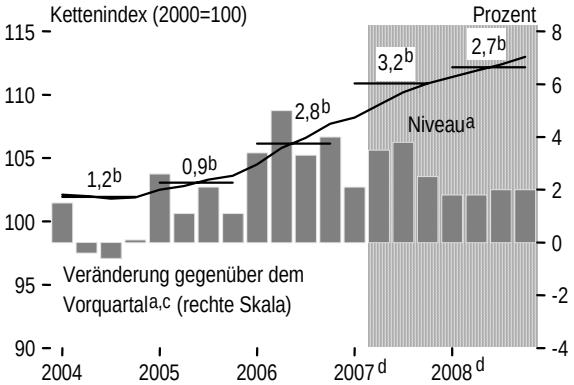
[a]Prognose. — [b]Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. — [c]Existenzgründungszuschuss („Ich-AG"), Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld und ab 1. August 2006: Gründungszuschuss. — [d]Berechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — [e]Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — [f]Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Ausblick: Ende des Aufschwungs vorerst nicht in Sicht

Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland wird im laufenden Jahr hoch bleiben (Abbildung 6). Die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts werden nur wenig geringer ausfallen als im Verlauf des Jahres 2006 (Tabelle 8), und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in Deutschland wird weiter zunehmen. Getrieben wird der Aufschwung allein von der Binnennachfrage. Vor allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahresverlauf kräftig steigen, denn die Arbeitsmarktlage verbessert sich weiter und die real verfügbaren Einkommen steigen trotz der restriktiven Finanzpolitik spürbar. Hinzu kommt, dass die Unternehmen ihre Investitionen erneut deutlich ausweiten, zum einen, weil Kapazitätserweiterungen angesichts der hervorragenden Absatz- und Ertragsperspektiven profitabel erscheinen, zum anderen, weil sie die Steuervorteile der in diesem Jahr auslaufenden Abschreibungsregeln noch mitnehmen wollen. Die Exporte werden weiter rasch expandieren; die leichte Abschwächung der Weltwirtschaft im Jahresverlauf und die zurückliegende Aufwertung des Euro machen sich auch deshalb nur

Abbildung 6:
Reales Bruttoinlandsprodukt 2004–2008[a]



[a]Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. — [b]Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — [c]Auf Jahresrate hochgerechnet. — [d]Ab 2007 II: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 8:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2006, 2007 und 2008[a]

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I	II[b]	III[b]	IV[b]	I[b]	II[b]	III[b]	IV[b]
Bruttoinlandsprodukt	3,4	5,0	3,3	4,0	2,1	3,5	3,8	2,5	1,8	1,8	2,0	2,0
Private Konsumausgaben	3,3	–0,4	3,0	1,3	–5,5	5,5	4,0	2,1	1,8	1,8	2,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	6,5	–1,2	2,9	–1,2	8,7	–6,1	2,3	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
Ausrüstungsinvestitionen	13,6	12,4	1,1	2,1	23,9	19,0	20,1	20,4	–7,0	5,7	2,8	5,0
Bauinvestitionen	–9,4	25,3	8,3	6,0	14,9	–13,9	4,7	2,2	3,2	2,2	1,7	2,4
Sonstige Anlagen	5,0	7,3	4,9	11,3	4,1	13,0	8,1	15,4	–3,0	2,7	3,0	5,3
Vorratsveränderungen[c]	0,0	0,2	–1,4	–6,4	9,2	0,5	–0,6	–0,6	0,1	0,2	0,0	0,1
Inländische Verwendung	3,5	3,1	1,9	–5,4	11,4	2,9	4,5	3,1	1,2	2,4	2,0	2,5
Ausfuhr	22,5	2,6	18,4	26,2	–4,5	6,0	7,0	7,0	7,0	6,0	5,5	5,5
Einfuhr	25,4	–2,4	16,8	4,3	15,5	5,0	9,0	9,0	7,0	8,0	6,0	7,0
Außenbeitrag[c]	0,1	1,9	1,5	9,1	–7,5	0,9	0,0	0,0	0,8	–0,1	0,4	0,1
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland[d]	34 494	34 651	34 777	34 859	35 024	35 112	35 242	35 382	35 567	35 752	35 927	36 082
Arbeitslose[d]	4 733	4 600	4 414	4 200	3 917	3 832	3 692	3 537	3 337	3 137	2 947	2 777

[a]Kettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — [b]Prognose. — [c]Lundberg-Komponente. — [d]1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

wenig bemerkbar, weil die Auftragsbestände der Unternehmen sehr hoch sind. Alles in allem gewinnt der Aufschwung somit an Breite. Der Außenbeitrag wird aber praktisch keinen Beitrag zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts leisten, da mit dem Boom der Binnenkonjunktur die Einfuhr stark ausgeweitet wird. Wir erwarten, dass das reale Bruttoinlandsprodukt 2007 um 3,2 Prozent höher sein wird als im Vorjahr (Abbildung 7, Tabelle 9).[10] Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich um rund 740 000 auf 3,74 Millionen sinken. Der Preisauftrieb wird kaum nachlassen, zumal die Überwälzung der Mehrwertsteuer noch nicht abgeschlossen ist; wir erwarten eine Inflationsrate von 1,9 Prozent.

Im kommenden Jahr dürfte sich der Aufschwung fortsetzen, und die Kapazitätsauslastung wird dabei leicht zunehmen. Hatten wir noch in unserer Prognose vom März dieses Jahres betont, dass ein erhebliches Risiko hinsichtlich der Lohnsteigerungen besteht und somit der Aufschwung gefährdet sein könnte, sehen wir diese Gefahr nun als geringer an. Denn aufgrund der Lohnabschlüsse, die mittlerweile vorliegen und die bis weit in das kommende Jahr hineinreichen, dürfte sich der Anstieg der Tariflöhne 2008 nicht beschleunigen. Im Zuge des Aufschwungs wird allerdings die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin kräftig zuneh-

Abbildung 7:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2007 und 2008[a]

[a]Prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf historischen Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2006).

Quelle: Eigene Berechnungen.

[10] Die Prognose kann dabei bereits als vergleichsweise sicher angesehen werden. Unsere Berechnungen auf der Basis vergangener Prognosen des Instituts für Weltwirtschaft vom jeweils zweiten Quartal eines Jahres zeigen, dass der jahresdurchschnittliche Anstieg mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit in einer Spanne von 2,3 bis 4,1 Prozent liegen wird.

Tabelle 9:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005–2008

	2006	2005	2006	2007[a]	2008[a]
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,9	2,8	3,2	2,7
Private Konsumausgaben		0,1	0,8	0,6	2,5
Konsumausgaben des Staates		0,6	1,5	1,3	1,6
Anlageinvestitionen		0,8	5,6	9,3	5,0
Ausrüstungsinvestitionen		6,1	7,3	14,2	7,5
Bauinvestitionen		–3,6	4,3	5,0	2,9
Sonstige Anlagen		4,7	5,9	9,6	5,3
Vorratsveränderung[b]		0,1	–0,1	0,8	0,0
Inländische Verwendung		0,5	1,7	3,3	2,8
Ausfuhr		6,9	13,0	7,9	6,8
Einfuhr		6,5	11,6	9,0	7,8
Außenbeitrag[b]		0,5	1,2	0,0	0,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 309,1	1,5	3,0	5,5	4,1
Private Konsumausgaben	1 348,7	1,4	2,1	2,6	4,4
Konsumausgaben des Staates	424,9	1,1	1,2	2,4	3,3
Anlageinvestitionen	411,8	0,7	6,4	11,9	6,2
Ausrüstungsinvestitionen	169,6	5,0	6,4	13,3	7,6
Bauinvestitionen	202,3	–2,7	6,9	11,7	5,5
Sonstige Anlagen	25,9	2,1	3,0	5,3	2,9
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	–1,3	–2,6	–1,3	15,0	11,7
Inländische Verwendung	2 184,0	1,4	2,8	5,1	4,4
Ausfuhr	1 040,3	8,1	14,0	9,0	7,5
Einfuhr	915,2	8,6	14,9	8,2	8,5
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	125,1	116,0	125,1	143,1	143,4
Bruttonationaleinkommen	2 335,0	1,8	3,9	5,6	4,5
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	0,3	2,3	1,4
Private Konsumausgaben		1,3	1,3	1,9	1,9
Konsumausgaben des Staates		0,5	–0,2	1,0	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		–1,1	–0,8	–0,8	0,1
Bauinvestitionen		0,9	2,5	6,3	2,5
Sonstige Anlagen		–2,5	–2,7	–3,9	–2,2
Ausfuhr		1,1	0,9	1,0	0,6
Einfuhr		1,9	3,0	–0,7	0,6
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		2,0	1,7	1,9	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		1,5	4,3	4,8	5,4
Arbeitnehmerentgelte		–0,7	1,5	3,2	4,9
in Prozent des Volkseinkommens		67,4	65,6	64,6	64,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		6,2	10,1	8,0	6,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,7	1,9	2,9	4,3
Sparquote		10,6	10,6	10,8	10,8
Lohnstückkosten, real[c]		–1,8	–1,5	–2,3	0,7
Produktivität[d]		1,3	2,2	1,4	0,3
Arbeitslose (1 000)		4 861	4 487	3 744	3 049
Arbeitslosenquote (Prozent)		11,7	10,8	8,8	7,2
Erwerbstätige[e] (1 000)		38 823	39 090	39 633	40 332
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		–72,6	–37,0	–0,2	3,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		–3,2	–1,6	0,0	0,1
Schuldenstand[f]		67,9	67,9	64,5	62,2

[a]Prognose. — [b]Lundberg-Komponente. — [c]Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — [d]Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — [e]Inlandskonzept. — [f]In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

men; daher dürften die Effektivlöhne rascher steigen als die Tariflöhne. Eine Folge dieser Entwicklung wird sein, dass Deutschland gegenüber den Konkurrenten im übrigen Euroraum nicht mehr, wie in den vergangenen Jahren, an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt. Aus dem Ausland sind somit kaum zusätzliche Anstöße zu erwarten, zumal sich die Weltkonjunktur leicht abschwächen wird. Hinzu kommt, dass die Impulse von der Geldpolitik nachlassen. Um zu verhindern, dass der kräftige Aufschwung im Euroraum zu einem Anstieg der Inflationserwartungen führt, wird die EZB im laufenden Jahr ihren Kurs weiter straffen und den Zins auf 4,5 Prozent anheben. Alles in allem wird die konjunkturelle Expansion im Jahr 2008 verglichen mit dem Tempo im Jahr 2007 etwas geringer sein, die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird im Jahresverlauf in etwa auf die Wachstumsrate des Produktionspotentials, die wir auf knapp 2 Prozent veranschlagen, zurückgehen. Für den Durchschnitt des Jahres erwarten wir einen Anstieg um 2,7 Prozent (arbeitstäglich bereinigt 2,4 Prozent). Die Zahl der Arbeitslosen wird um rund 700 000 auf etwas mehr als 3 Millionen sinken. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich abermals um 1,9 Prozent steigen.

Literatur

ARGE (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute) (2007). Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007, Halle.

Boss, A. (2007). Zum Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.

Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006a). Aufschwung in Deutschland gewinnt zunächst noch an Fahrt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006. Kieler Diskussionsbeiträge 428/429. IfW, Kiel.

Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006b). Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006. Kieler Diskussionsbeiträge 430/431. IfW, Kiel.

Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007). Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland. Kieler Diskussionsbeiträge 441/442. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.

Consensus Economics Inc. (lfd. Jgg.). *Consensus Forecasts*. London.

Deutsche Bundesbank (2007). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.

Döpke, J., und U. Fritsche (2006). When do Forecasters Disagree? An Assessment of German Growth and Inflation Forecast Dispersion. *International Journal of Forecasting* 22 (1): 125–135.

Döpke, J., und U. Fritsche (2007). Shocking! Do Forecasters Share a Common Belief? *Applied Economics Letters*. Erscheint demnächst.

Dovern, J., und J. Weisser (2007). Survey Expectations in G7-Countries. Professional Forecasts of Macroeconomic Variables from the Consensus Data Set. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Mimeo.

EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.

ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.

IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Mai. Washington, D.C.

Kraftfahrt-Bundesamt (lfd. Jgg.). *Reihe 1: Monatsberichte Kraftfahrzeugstatistiken*. Stuttgart.

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2007). *Economic Outlook*. Mai. Paris.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 17: Preise, Reihe 2: Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.

Statistics Sweden (2006). Via Internet (11. Juni 2007) <http://www.scb.se/default____2154.asp>.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

427. Biokraftstoffe: Königsweg für Klimaschutz, profitable Landwirtschaft und sichere Energieversorgung?
Jan M. Henke und Gernot Klepper
Kiel, Mai 2006. 15 S. 9 Euro.

428./429. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006
Kiel, Juni 2006. 32 S. 18 Euro.

430./431. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006
Kiel, September 2006. 69 S. 18 Euro.

432./433. Das hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten: Ein Risiko für die Weltwirtschaft und für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland?
Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide
Kiel, Oktober 2006. 29 S. 18 Euro.

434./435. Schleswig-Holsteins Wirtschaft im Kräftefeld der Globalisierung
Klaus Schrader, Claus-Friedrich Laaser und Henning Sichelschmidt
Kiel, Dezember 2006. 50 S. 18 Euro.

436./437. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2006
Kiel, Dezember 2006. 45 S. 18 Euro.

438. Zur Reform des Internationalen Währungsfonds
Horst Siebert
Kiel, Januar 2007. 21 S. 9 Euro.

439./440. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007
Kiel, März 2007. 76 S. 18 Euro.

441./442. Stärkeres Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide
Kiel, April 2007. 40 S. 18 Euro.

443./444. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007
Kiel, Juni 2007. 18 Euro.